

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

40. Sitzung
13. Juni 2024

Beginn: 14.06 Uhr
Schluss: 17.32 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir kommen zu

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Einführung und Ausgestaltung des 11.
Pflichtschuljahres im Sinne eines Berufs-
Chancenjahres**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0253](#)
BildJugFam

- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0244](#)
Drucksache 19/1628
**Gelungende Berufsorientierung: Perspektivenjahr
statt Pflichtschuljahr!**
BildJugFam(f)
ArbSoz
- c) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [0251](#)
Drucksache 19/1663
**11. Pflichtschuljahr – durchdacht und langfristig
angelegt im Sinne eines Berufs-Chancenjahres
einführen!**
BildJugFam(f)
ArbSoz

Hierzu: Anhörung

Mir ist mitgeteilt worden, dass der Wunsch besteht, ein dringendes Wortprotokoll anzufertigen, damit auch im Ausschuss für Arbeit und Soziales dieser Punkt nächstes Mal auf der Tagesordnung aufgerufen werden kann und dort die Informationen, die wir hier im Ausschuss jetzt zur Erkenntnisgewinnung haben, vorliegen können. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann können wir das dringende Wortprotokoll weitergeben.

Nun darf ich ganz herzlich die Anzuhörenden begrüßen. Dies sind Herr Stephan Alker, Schulleiter der Peter-Lenné-Schule, OSZ Natur und Umwelt, Herr Jürgen Dietrich, Schulleiter des Oberstufenzentrums Gastgewerbe, Brillat-Savarin-Schule, Frau Karin Petzold, Leitung Vorstandsbereich Schule der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, GEW Berlin, Herr Jan Pörksen, Geschäftsführer für Bildung & Beruf, Industrie- und Handelskammer zu Berlin, und Herr Ronald Rahmig, Vorsitzender der BBB Vereinigung der Leitung Berufsbildenden Schulen in Berlin e. V. – Ihnen allen ein herzliches Willkommen heute hier im Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie!

Wir kommen zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 2 a und des Antrags zu Punkt 2 c durch die Fraktion der CDU oder der SPD – und hier die Kollegin Aydin. – Bitte sehr!

Sevim Aydin (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich begrüße auch ganz herzlich die Anzuhörenden. Ich freue mich, dass Sie heute da sind, um über dieses wichtige Thema zu sprechen.

Wir haben heute dieses Thema mit einer Anhörung angemeldet. Sie wissen Bescheid: Die Einführung des 11. Pflichtschuljahres erfolgt im Rahmen dieser Schulgesetzänderung. Da das Thema für uns so wichtig war, haben wir gesagt, dass wir die Anhörung zum 11. Pflichtschuljahr separat von der Anhörung zur Schulgesetzänderung durchführen, und das ist der Grund, warum wir heute die Anhörung dazu machen.

Das 11. Pflichtschuljahr ist ein Vorhaben, das wir uns im Koalitionsvertrag vorgenommen haben und jetzt im Rahmen dieser Schulgesetzänderung umsetzen. Es geht im Grunde darum, das ist uns allen hier bekannt: Wir reden immer von einer Zahl von 3 000 Schülerinnen und Schülern, die die 10. Jahrgangsstufe ohne Anschlussperspektive verlassen, und gerade diese Schülerinnen und Schüler benötigen besondere Unterstützung, um in Ausbildung oder in einen studienbefähigenden Bildungsgang überzugehen. Der heute vorliegende Antrag beschäf-

tigt sich mit der Ausgestaltung. Ich rede bei diesem Punkt vor allem SPD-seitig. Wir sind der Auffassung, dass die Einführung des 11. Pflichtschuljahres als eine riesige Chance für die jungen Leute zu begreifen ist und dass wir deshalb jetzt damit anfangen, von einem Berufs-Chancenjahr zu reden, auch wenn wir die Pflicht dafür als Voraussetzung sehen.

Kernkonzept, ein zentraler Baustein, dieses Antrags ist, dass wir den bewährten IBA-Bildungsgang, das heißt, die Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung, reformieren und differenziert nach Zielgruppen passgenaue Angebote machen wollen. Genau dieser Punkt ist im Rahmen dieser Schulgesetzänderung, und zwar im § 28, genauer gesagt, Satz 8, enthalten. Konkret bedeutet das, dass wir je nach angestrebtem Abschluss den Anteil der Praxislernphasen erhöhen oder verringern wollen. Das heißt, je niedriger der angestrebte Schulabschluss ist, desto höher ist der Anteil der Praxislernphasen und desto geringer ist der Anteil des berufsübergreifenden Unterrichts.

Wir haben immer von einer Gruppe von Schülerinnen und Schülern geredet, die nicht noch nicht vermittelbar waren; wir nennen es manchmal auch „schulfern“. Gerade für diese Zielgruppe ist dieses Berufs-Chancenjahr gedacht, und das soll in Kooperation mit Unternehmen durchgeführt werden. Nach meiner Auffassung haben die Unternehmen die Aufgabe, die notwendigen Praxisplätze zur Verfügung zu stellen. Gerade dafür ist es notwendig, dass wir einen branchenübergreifenden Ansatz wählen und das dementsprechend gestalten.

Was im Rahmen des 11. Pflichtschuljahres immer wieder zur Diskussion stand, möchte ich gern noch mal aufgreifen, und ich bin auf die Diskussion gespannt. Es geht uns bei diesem Berufs-Chancenjahr darum, dass wir die Jugendlichen nicht in klassischen Schulen beschulen, sondern praxisorientiert an die Kompetenzen und Interessen heranführen wollen, damit sie ihre Berufswünsche realisieren können. Für uns ist wichtig, dass es verpflichtend ist. Es sind meistens sozial benachteiligte Jugendliche, die Unterstützung gerade bei der Selbstwirksamkeit benötigen und deshalb gezielt Angebote erhalten müssten, weil sie uns sonst ins Aus driften und verloren gehen. Aus unserer Sicht ist es richtig, das Berufs-Chancenjahr an den Oberstufenzentren anzusiedeln, weil sie für die Berufsfähigkeit zuständig und die richtigen Orte dafür sind. Die Oberstufenzentren gelten für uns als Ankerpunkte, die eng mit den Integrierten Sekundarschulen oder Gemeinschaftsschulen, aber auch Gymnasien zusammenarbeiten können. Das heißt für uns noch nicht, dass wir nicht an den BSO-Teams weiterarbeiten sollen. Wir haben uns vorgenommen, dass wir die Berufsorientierung an den allgemeinbildenden Schulen weiter verbessern, und wir als Abgeordnete wollen dafür sorgen, dass wir die Ressourcen in den BSO-Teams stärken, aber auch die Bildungsbegleitung in der IBA.

Für uns ist im Rahmen dieses Antrages wichtig – das wurde aufgenommen und im Rahmen der Schulgesetzänderung durchgeführt –, dass wir ein Datensystem haben, in diesem Fall die LUSD, in dem die Jugendlichen erfasst und weiterverfolgt werden, damit man ihnen Angebote machen kann. – In dem Sinne freue ich mich darüber, dass wir das weiter diskutieren können. Schön, dass Sie da sind!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Aydin! – Wir kommen nun zur Begründung des Antrages zu Punkt 2 b durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, und ich schaue mal, wer dort begründen möchte. – Frau Schedlich, bitte sehr!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch ich freue mich, dass wir heute noch mal in einer Anhörung, also mit den Expertinnen und Experten, die am Ende das Ganze, was wir uns so überlegen, umsetzen müssen, über das Thema sprechen. Von unserer Fraktion liegt ein Antrag mit einigen Vorschlägen vor. Für uns ist klar: Wir dürfen auf keinen Fall diese circa 3 000 Jugendlichen, von denen wir sprechen, ohne Anschluss im Stich lassen. Wir dürfen aber auch auf keinen Fall hinnehmen, dass es überhaupt 3 000 junge Leute gibt, die aus der 10. Klasse herauskommen und so unorientiert sind. Das System für diese Übergänge ist offensichtlich zu kompliziert und zu undurchsichtig, und die Beratung und Orientierung in der Allgemeinbildung funktioniert noch nicht gut genug. Das ist selbstverständlich keine pauschale Kritik an allen einzelnen Lehrkräften der allgemeinbildenden Schulen, aber wir müssen politisch und auch als Gesamtgesellschaft wollen und ermöglichen, dass berufliche Orientierung wieder wirklich eine Kernaufgabe der Schulen ist und auch als solche gelebt wird. Schulen sollen nicht nur auf den nächsten Abschluss, sondern auf das Leben vorbereiten und einen Anschluss ermöglichen.

In unserem Antrag zeigen wir auf, dass es mit der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung in Berlin ein sehr gutes System für all die Menschen gibt, die noch nicht genau wissen, welche Ausbildung sie machen wollen. Dieses tolle Angebot unserer Oberstufenzentren muss ausgebaut und gern auch flexibilisiert und vor allem bekannter gemacht werden, denn viele wissen überhaupt gar nicht, dass es das gibt, und wir wollen möglichst alle Jugendlichen erreichen.

Damit erst gar nicht so viele anschlusslose Schülerinnen und Schüler am Ende aus dem System herauskommen, wollen wir die Berufsorientierung in den Schulen neu denken, ihr mehr Stellenwert geben und sie praxisnäher gestalten. Ein Schnellschuss oder eine Ankündigungspolitik, wie immer man es nennen will, was der Senat gemacht hat, indem dieses 11. Pflichtschuljahr angekündigt wurde, bevor es ein richtiges Konzept dafür gab – es ist bisher immer noch nicht komplett fertig –, wird unserer Meinung nach dem Problem und den unversorgten Jugendlichen leider nicht gerecht. In der vorgesehenen Form, wie das 11. Pflichtschuljahr kommen soll, wird die Einführung dieses schon unattraktiv klingenden Jahres dazu führen, dass man viele junge Leute einfach ein weiteres Jahr beschäftigt, aber das Problem, dass sie unorientiert sind, gar nicht löst. Sie kommen dann auf die Ankerschulen, die möglicherweise gar nicht ihrem Interessenfeld entsprechen, und diese Oberstufenzentren werden stark belastet, ohne bisher überhaupt zu wissen, wie viel personelle Unterstützung sie dafür noch erhalten werden. Deswegen haben wir als bessere Alternative vorgeschlagen, was in unserem Antrag steht, ein Perspektivenjahr einzuführen und in den Blick zu nehmen, dass Berufsorientierung schon vorher stattfinden soll, dass sie praxisorientierter und nicht nur in den Schulen, sondern auch außerhalb stattfinden muss. Wir freuen uns erst mal auf die Anhörung und dann aber auch über Zustimmung zu unserem Antrag. – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Bevor wir in die eigentliche Anhörung einsteigen, hat der Senat die Gelegenheit zur einleitenden Stellungnahme. – Bitte sehr, Frau Senatorin Günther-Wünsch!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch von mir ein Dank an die Anzuhören, dass Sie da sind und heute mit uns die Debatte führen!

Sie kennen alle die Zahlen, ich habe sie schon mehrmals genannt. Etwa 10 Prozent aller Jugendlichen, ungefähr 3 000 junge Menschen, verlassen am Ende der 10. Klasse das System ohne Anschluss oder Abschluss. Damit ist Berlin bundesweit im negativen Sinne Spitzenreiter. Gleichzeitig ist Berlin das einzige Bundesland, das für diese jungen Menschen bisher keine Option hat, keine Anschlussperspektive, insbesondere nichts Verbindliches.

Mit dem jetzt vorliegenden 11. Pflichtschuljahr wollen wir dem etwas entgegensetzen, und die Koalition, die Koalitionsfraktionen oder die SPD, Frau Aydin, hat gerade schon sehr deutlich gemacht, dass es insbesondere darum geht, Berufsorientierung und Berufsvorbereitung zu machen, obwohl man sagen muss, dass das Landeskonzept Berufliche Orientierung schon sehr wichtige und entscheidende Schritte und Punkte benennt, die in der Sekundarstufe I erfolgen und die in den letzten Jahren stetig ausgebaut und verbessert worden sind, wodurch der Stellenwert der beruflichen Orientierung sich erheblich verbessert hat, was parallel zu dem 11. Pflichtschuljahr kontinuierlich weiter ausgebaut wird.

Diese stufenweise Einführung des 11. Pflichtschuljahres – deshalb ist es nicht bloß eine Ankündigung – startet schon mit der Überführung des bereits erfolgreich stattfindenden Schulversuchs des Berliner Ausbildungsmodells in die Regelform zum Schuljahr 2024/2025. Gleichzeitig haben wir schon das angepasste Beratungsangebot für die jetzigen 10. Klassen im Schuljahr 2024/2025. Deshalb war es richtig und wichtig zu sagen, dass das 11. Pflichtschuljahr de facto jetzt schon startet, weil wir all die vorbereitenden Maßnahmen zum kommenden Schuljahr, nämlich 2024/2025, schon implementieren, die darin gipfeln, dass gegebenenfalls die jungen Menschen, über die wir sprechen, im Schuljahr 2025/2026 in das 11. Pflichtschuljahr überführt werden können.

Die Bildungsverwaltung hat sich in den vergangenen Monaten in insgesamt vier Arbeitsbündnissen der Ausarbeitung und Konzeptionierung des 11. Pflichtschuljahres zugewandt. An diesen Arbeitsbündnissen waren sämtliche Professionen beteiligt, mit denen wir dieses 11. Pflichtschuljahr gestalten wollen. Es waren Schulleitungen, Schulaufsichten, SenAS-GIVA, also die Arbeits- und Sozialverwaltung, die Regionaldirektion und Vertreter der Wirtschaft – die IHK ist heute auch dabei, aber es waren noch andere Partner mit dabei – an diesen Arbeitsbündnissen beteiligt.

Sie beschäftigten sich mit unterschiedlichen Sachen. Das Arbeitsbündnis 1 hat sich insbesondere mit dem Übergangsverfahren, also der Gestaltung des verbindlichen Übergangs, auseinandergesetzt. Das Arbeitsbündnis 2 hat sich mit den flankierenden Maßnahmen, also Maßnahmen zur Verringerung der Anzahl der Jugendlichen ohne passenden Anschluss nach der Jahrgangsstufe 10, beschäftigt. Das dritte Arbeitsbündnis hat die Übergangsangebote der Bildungsverwaltung, also die passgenauen Angebote für Jugendliche ohne berufliche Orientierung nach der Jahrgangsstufe 10, bearbeitet. Das Arbeitsbündnis 4 hat sich mit den externen Angeboten und Maßnahmen, also dem 11. Pflichtschuljahr im Übergangssystem, beschäftigt. Daraus resultiert die Konzeptionierung, über die wir heute in den Austausch kommen wollen, und ich möchte an der Stelle insbesondere Herrn Salchow und seiner Abteilung, den Kolleginnen und Kollegen, sehr danken, denn ich weiß, dass das sehr arbeitsintensiv, zusätzliche Arbeit war, und deshalb noch mal von mir ein ganz großes Dankeschön an alle Kolleginnen und Kollegen, die in den letzten Monaten so viel zusätzliche Arbeit darin investiert haben.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit dem 11. Pflichtschuljahr ein sehr differenziertes Angebot haben, das insbesondere die Ausgangssituation der Jugendlichen in den Blick nimmt. Das heißt: Kommen sie mit einem Abschluss? Mit welchen Voraussetzungen kommen sie – oder auch ohne? Dementsprechend variiert der Praxisanteil, also die Berufsorientierung und -vorbereitung. Ganz wichtig war, und wir haben das immer wieder betont, auch in der Vergangenheit, dass das 11. Pflichtschuljahr nicht den Fokus des Abschlusses, sondern den Fokus des Anschlusses hat, der insbesondere darin münden soll, dass wir möglichst viele junge Menschen, die wir bisher verloren haben und über die wir keine Dokumentation hatten, in die duale Ausbildung überführen wollen. Das ist unser Ziel. Daran haben alle beteiligten Akteure gearbeitet.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass wir hier die Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch in den Blick genommen haben und da weiterhin oder auch zusätzliche Maßnahmen ergreifen wollen, wie zum Beispiel die IBA in zweijähriger Form zu absolvieren. – Ansonsten bin ich jetzt auf den Austausch gespannt und, wie gesagt, mein Dank gilt allen Akteuren, die in den letzten Monaten in den Arbeitsbündnissen intensiv daran gearbeitet haben. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann kommen wir nun zu der Anhörung. Sofern keine anderweitigen Verabredungen getroffen wurden, schlage ich vor, die Anhörung in der alphabetischen Reihenfolge durchzuführen, und wir beginnen mit Herrn Alker. – Bitte sehr! Sie haben das Wort.

Stephan Alker (Peter-Lenné-Schule, OSZ Natur und Umwelt; Schulleiter): Sehr geehrte Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Mein Name ist Stephan Alker. Ich bin Schulleiter der Peter-Lenné-Schule, OSZ Natur und Umwelt. Um meine Äußerungen für Sie ein bisschen einordenbar zu machen, würde ich zu meinem Hintergrund sagen: Ich bin Vorsitzender des AKBB der SPD, berate die Fraktion in Fragen der beruflichen Bildung und war langjährig in der Schulaufsicht. Das ist meine Perspektive.

Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir das 11. Schulpflichtjahr jetzt in Angriff genommen haben, und es ist eine absolute Notwendigkeit, nicht nur bildungspolitisch, sondern auch gesellschafts- und arbeitsmarktpolitisch. Ich glaube, allen Beteiligten ist klar, salopp formuliert, welches dicke Brett wir hier bohren. Die Zielgruppe sind diejenigen, die nach Abschluss der allgemeinen Schulpflicht keinerlei Idee haben, was sie in Zukunft machen wollen. Ich würde vorschlagen, dass ich Ihnen ganz kurz aus meiner Sicht sechs Punkte vorstelle, die Gelingenbedingungen für dieses Vorhaben darstellen könnten.

Der erste Punkt wäre, dass man das Verhältnis von abgebenden und Aufnahmeschulen ganz klar und deutlich nach Hamburger Vorbild ordnet. Das heißt, das Prinzip der Ankerschule halte ich für absolut sinnvoll. Voraussetzung ist, dass für die Nichtorientierten ein branchenübergreifender Ansatz gewählt werden kann. Ich bin davon überzeugt, dass unsere Schulen das leisten können. Auf der anderen Seite brauchen wir allerdings auch eine Reform der BO-Teams insofern, dass nach unseren Vorstellungen Lehrkräfte der beruflichen Schulen, die in den BO-Teams beteiligt sind, tatsächlich an den abgebenden Schulen vor Ort sind, also nicht irgendwo in der Stadt herumschwirren, sondern vor Ort sind. Auch da ist Hamburg ein Vorbild. Auch dort sind die Ressourcen relativ gut, um das umsetzen zu können. Wir schicken unsere Kollegen mit sechs Stunden in die BO-Teams. Hamburg macht das mit zwölf Stunden.

Ich sage vielleicht nachher noch mal, ob das auch realistisch umsetzbar ist. Diese Kollegen sollen für die verbindliche Übergabe nach Hamburger Modell aus unserer Sicht dafür verantwortlich sein, dass die Leute tatsächlich ankommen. Kommen sie nicht an, sollte aus unserer Sicht die JBA nachgreifen.

Der zweite Punkt wäre wohl auch ein schwieriger Punkt: Personal. Uns allen ist klar, dass wir nicht geeignete Lehrkräfte im Umfang von 900 Schulplätzen besetzen können. Wir denken, das müssen nicht alles nur Lehrkräfte sein, sondern multiprofessionelle Teams. Ich würde sagen, dass man dort den Blick weitet und nicht nur Menschen ins Visier nimmt, die eine sozialpädagogische Ausbildung haben, sondern eine fundierte berufliche Erfahrung. Ich denke, Multiprofessionalität macht dann Sinn für diese Schülerinnen und Schüler. Es geht darum, ihnen die Arbeitswelt zu eröffnen. Das muss natürlich finanziert sein. Bei 900 Schülerplätzen, das ist mein Wissensstand, ist das nicht unerheblich. Angesichts der Haushaltslage habe ich da große Bedenken. Ich denke, das ist ein entscheidender Stolperpunkt. Wenn wir das nicht sicherstellen können, dann wird es sehr schwierig.

Der dritte Punkt ist die Infrastruktur. Ich denke, wir müssen für diese Schülerinnen und Schülern völlig andere Konzepte des Lernens denken. Das heißt, entsprechend von modernen Lernkonzepten aus brauchen wir eine Ausstattung an den Schulen, aber wir brauchen auch eine Infrastruktur, die die Übergabe regelt, die LUSD. Wir wissen, dass das zurzeit nicht optimal läuft, und ich glaube auch nicht, dass es so schnell laufen wird. Auf jeden Fall muss sichergestellt werden, dass das stabil läuft.

Der vierte Punkt wäre ein flexibles Curriculum für diese Menschen. Wir können uns nicht vorstellen, dass wir dort mehrere Tage Schule machen wie gehabt, sondern dass dort ein Verhältnis von, ich schlage mal vor, einem Tag zu vier Tagen ist: ein Tag Coaching-Day, vier Tage Praxislernen, in welcher Form auch immer. Das Arbeitsbündnis 3 hat sehr tragfähige Vorschläge unterbreitet. Wichtig ist, dass das Team, das diese jungen Menschen begleitet, nicht im Korsett eines Stundenplans gefangen ist, sondern höchst eigenständig entscheiden kann, was derjenige, diejenige, den oder die sie zu betreuen haben, braucht. Dafür ist eine persönliche und individuelle Begleitung ganz wichtig. Die Bertelsmann-Stiftung die Studie „Ausbildungsperspektiven 2024“ herausgegeben, die genau das sagt, dass Berufsorientierung so gestaltet werden sollte.

Als fünften Punkt, und das ist elementar wichtig; wir haben einen Vertreter der IHK hier: Das wird nicht reichen. Wir brauchen ein ganz klares Bekenntnis der Wirtschaft, dass sie sagt: Wir unterstützen diesen Prozess mit der Bereitstellung von Praktikumsplätzen, wohlwissend, dass diese Klientel nicht die einfachste ist.

Der sechste Punkt ist, wenn ich beim dicken Brett bleiben will, vielleicht das dickste Brett. Ich wünschte mir, dass in dieser Stadt im Sinne von Bildungsketten die geteilte Verantwortung für diese Menschen wahrgenommen wird. Herr Rahmig mag mich korrigieren, aber ich glaube, § 4 Absatz 7 Schulgesetz: Die Berufsorientierung ist Aufgabe der allgemeinen Schule. – 3 000 oder 3 500 Menschen, die bei uns landen oder landen könnten, sind einfach zu viel. Ich denke, ohne eine strukturelle Änderung der Sekundarstufe I wird es nicht möglich sein, wirklich die Zahlen zu drücken, denn in Klasse 10 ist es schon recht spät. Natürlich werden die beruflichen Schulen ihre Verantwortung wahrnehmen, diejenigen, die nach der 10. Klasse immer noch nicht orientiert sind, entsprechend zu orientieren und vielleicht sogar auch vorzu-

bereiten, denn Berufsvorbereitung und Qualifikation ist unsere erste Aufgabe. Was wir hier machen, ist eigentlich nicht unsere Zuständigkeit. Ich habe in der Behörde immer gelernt, man soll die Zuständigkeiten prüfen. Aber was soll es? Wir müssen uns um die Menschen kümmern. Das ist unsere Verantwortung. Andererseits sehe ich vielerlei negative Konsequenzen stadtweit. Das sind 3 000 Leute. Das ist Potenzial, das verschenkt wird. Ich möchte hier kein Bashing in Richtung Sekundarstufe I veranstalten, das wäre unfair. Ich glaube nicht, dass die ISS, die allgemeinbildenden Schulen generell, tatsächlich strukturell, ressourcentechnisch in der Lage sind, diese Aufgabe zu erfüllen. Aus meiner Sicht müsste da grundsätzlich rangegangen werden, auch Curricula, damit nicht immer 3 000 Leute bei uns ankommen. Das werden die beruflichen Schulen auf Dauer nicht verkraften.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Alker! Darf ich Sie bitten, zum Ende zu kommen?

Stephan Alker (Peter-Lenné-Schule, OSZ Natur und Umwelt): Ja, das war es so weit. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Prima! Vielen herzlichen Dank Ihnen! – Dann machen wir weiter mit Herrn Dietrich. – Bitte sehr!

Jürgen Dietrich (Brillat-Savarin-Schule, OSZ Gastgewerbe; Schulleiter): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich werde die Zeit, die Herr Alker zu viel geredet hat, wieder reinholen und versuche, mich nicht zu wiederholen, aber gewisse Aspekte meines Vorredners zu verstärken.

Die Rahmenbedingungen für die Einführung des 11. Pflichtschuljahres sind gesetzt. Ich finde dieses 11. Pflichtschuljahr oder vielmehr Berufs-Chancenjahr an den Oberstufenzentren gut verortet, möchte aber an dieser Stelle auch noch einmal betonen, dass die Allgemeinbildung nicht aus ihrer Verantwortung bezüglich der Berufsorientierung zu entlassen ist, sondern vielmehr verstärkter in diese zu nehmen ist. Das betrifft meiner Meinung nach unter anderem die verpflichtende dokumentierte Beratung und gleichzeitig die korrekte Datenpflege und -weitergabe an die aufnehmenden Oberstufenzentren. Das ist für mich ganz wichtig. Für mich ist es notwendig, dass institutionalisierte und rechtlich verbindliche Regularien bezüglich der Berufsorientierung an den Integrierten Sekundarschulen erfolgen müssen. Für mich bildet aber auch dieses 11. Pflichtschuljahr eine ganz große Chance, rechtlich determinierten Zugriff auf Jugendliche zu erlangen, die dem System bisher verloren gegangen sind. Herr Alker hat schon richtigerweise einige Gelingensbausteine benannt. Ich möchte die an dieser Stelle noch mal kurz verstärken.

Der flexibilisierte IBA-Ausbau ist schon angeklungen. Ganz wichtig ist für mich, dass es sich um eine anschlussorientierte Perspektive handelt und dass die Abschlussorientierung da ganz stark in den Hintergrund treten muss.

Die Weiterentwicklung der Berufsorientierung hast du auch schon angesprochen, Stephan! Das spricht mir auch aus dem Herzen. – Ressourcen spielen an dieser Stelle natürlich wie immer eine große Rolle, denn ich glaube, um das 11. Pflichtschuljahr zu einem Gelingen bringen zu können, ist Beziehungsarbeit das Wort, das an dieser Stelle mit Sicherheit passt. Es betrifft meiner Meinung nach nicht nur den Ausbau der Schulsozialarbeit, die multiprofessionellen Teams, die mein Vorredner bereits angesprochen hat, sondern es geht für mich auch

um die Frage der Bildungsgangbegleitung, und wenn es berufsfeldmäßig passt, auch die verstärkte Einbeziehung von sogenannten Lehrkräften für Fachpraxis.

Flankierende Praxislernphasen im Bereich IBA sind auch schon benannt worden. Diese müssten meiner Meinung nach nicht nur flexibilisiert erfolgen, sondern – ich sage es mal in die Richtung – auch ausgeweitet werden, denn ich glaube, diesen Jugendlichen fehlt die Anbindung an die Praxis.

Letzter Gelingensbaustein ist aus meiner Sicht, dass der Schulwechsel, wenn die Jugendlichen merken, sie sind in diesem Berufsfeld, in der sogenannten Ankerschule falsch, sehr einfach zu erfolgen hat und meiner Meinung nach auch per Verordnung ganz einfach flexibilisiert festgehalten werden muss. – Vielen Dank! – Ich habe deine Zeit rausgeholt.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Das ist wirklich wahr. Vielen Dank, Herr Dietrich! – Wir kommen zu Frau Petzold. – Bitte sehr!

Karin Petzold (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft – Landesverband Berlin – GEW Berlin –; Leitung Vorstandsbereich Schule): Vielen Dank! – Schönen guten Tag! Liebe, verehrte Vorsitzende! Verehrte Abgeordnete! Auch wir als Gewerkschaft befürworten die Einführung eines 11. Pflichtschuljahres, damit alle Kinder mitgenommen oder wieder zurückgeführt werden können. Wir kritisieren aber auch zum Teil die Ausrichtung und sehen noch einige offene Fragen, vor allem im Hinblick auf die Ressourcen und die Inklusion.

Wie schon angeklungen, ist die individuelle und flexible Bildungsförderung oder Wegeförderung und damit eine berufliche und – –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Petzold! Darf ich Sie kurz bitten, das Mikrofon ein bisschen näher zu nehmen? Sie können das ganze Gerät verschieben. Dann kommt es auch bis hierher.

Karin Petzold (GEW Berlin): Ich bin zu leise, Verzeihung!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ist alles wunderbar, prima! Wunderbar, danke Ihnen!

Karin Petzold (GEW Berlin): Es ging um die Orientierung. Das 11. Pflichtschuljahr soll aus unserer Sicht insbesondere die Förderung personeller und sozialer Kompetenzen und die Orientierung für einen eigenen Weg in die Berufswelt ermöglichen. Das erfolgreiche 11. Pflichtschuljahr befähigt junge Menschen zu einer fundierten und tragfähigen Lebensentscheidung.

Damit unterscheidet es sich von der Berufsorientierung der allgemeinbildenden Schulen und der Berufsvorbereitung der IBA, wie sie zurzeit umgesetzt wird. Die Ausrichtung ist, wie auch schon angeklungen, die Anschlussorientierung und die Beruflichkeit – und keine reine Abschlussfixierung; das haben Sie auch schon genannt. Es geht nicht um die reine Verwertbarkeit der Jugendlichen und der jungen Menschen für eine Ausbildung; das lehnt die GEW ab.

Die Jugendlichen, von denen wir sprechen, haben oft eine negative Erfahrung mit der Schule gemacht. Viele haben auch eine Schuldistanz entwickelt. Daher darf es kein verpflichtendes Mehr von diesem geben, sondern es geht um eine praktische Umsetzung in berufsbildenden Schulen und Maßnahmen, die dann umgesetzt werden im 11. Pflichtschuljahr, kein klassischer Unterricht, schon gar nicht mit Klassenarbeiten und Abschlussklausuren und was es da alles sonst an Benotungen gibt. Die Kinder – oder das sind ja in dem Fall Jugendliche –, die jungen Erwachsenen brauchen individuell zugeschnittene Lernpläne, was um ihre eigenen oder die üblichen Varianten der Lernerfolgssachen herumgeht, eine große Flexibilität und Durchlässigkeit; das wurde eben auch angesprochen. Es muss möglich sein, Bildungsgänge zu wechseln. Es muss möglich sein, von der IBA in die Berufsausbildung zu wechseln. Es wäre wünschenswert, wenn zum Beispiel der Einstieg in die Berufsschule nicht nur zum Halbjahr stattfinden kann. Wir können uns auch vorstellen, dass Praktika weiter begleitet werden, wenn Menschen das erst mal nicht alleine hinkriegen. Aber auch die Verortung zum Beispiel von ganzheitlicher Bildung, und dazu gehört für uns vor allem auch politische Bildung, muss Bestandteil des 11. Pflichtschuljahres werden.

Über den Namen sind wir natürlich auch gestolpert. „Pflichtschuljahr“ ist eigentlich eine Begrifflichkeit, die in dem Zusammenhang für Menschen, die wir erreichen wollen, nicht vorteilhaft ist. So etwas wie „Chancenjahr“, „Flexjahr“, „Praxisjahr“, „Perspektivjahr“ finden auch wir deutlich sinnvoller, um die Menschen nicht abzuschrecken.

Zu den Ressourcen; die wurden auch schon angesprochen: Es braucht natürlich eine Bereitstellung von zusätzlichem Personal, um ungefähr 3 000 junge Menschen abzuholen. Diese haben ja oft psychisch-soziale oder sozioökonomische Schwierigkeiten. Auch da sind wir bei dem Gedanken der multiprofessionellen Teams, also neben Lehrkräften Lernbegleiterinnen, Sozialarbeiter, Psychologen, aber auch Sekretärinnen und alles; das wird in dem Bereich sicher gebraucht. Und eine Fortbildungsinitiative muss ran, damit da geguckt wird, wie es wirklich gehen kann.

Persönliche Lernbegleiter – da bin ich ganz bei Ihnen – sind sozusagen eine Konstante, müssen kontinuierlich das ganze Jahr mit den Menschen zusammen auf der Suche sein und sie gegebenenfalls, wenn sie in eine Ausbildung gehen, auch nachbetreuen. Während der Praktika: die Ankerphasen – die haben Sie auch angesprochen – zur Reflexion und zur politischen Bildung.

Dabei dürfen natürlich die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den berufsbildenden Schulen auf keinen Fall weiter erhöht werden, also die Arbeitsbedingungen sich verschlechtern. Und – auch da bin ich bei Ihnen –: Die Allgemeinbildung in der Sekundarstufe I darf nicht aus der Verantwortung genommen werden, um Berufsorientierung zu leisten, die Jugendlichen dürfen erst gar nicht in dieses Pflichtschuljahr reingetrieben werden, sondern soll-

ten vorher abgeholt werden, und das geschieht auch dort mit individueller Förderung, um die psychisch-soziale Unterstützung und die Berufsorientierung zu stärken.

Das Landeskonzept Berufs- und Studienorientierung muss tatsächlich umgesetzt und die Arbeit der BO-Teams ausgeweitet werden. Hierfür sollen zusätzliche Ressourcen natürlich auch in die Schulen gesteckt werden. Das Fach WAT, also Wirtschaft-Arbeit-Technik, muss gestärkt werden. Die Laufbahnberatungen, und da sind es dann nicht nur die Schülerinnen und Schüler, sondern da geht es dann auch um die Erziehungsberechtigten, sollten vor dem Hintergrund ihrer individuellen Kompetenzen, Bedürfnisse und Interessen erfolgen. Es kann nicht nur um eine Beratung gehen zur Aufnahme in ein Arbeitsverhältnis – duales Arbeitsverhältnis ja meist –, was so, wie es zum Teil läuft, zu hohen Abbruchquoten führt, und wir wollen ja alle Schülerinnen und Schüler mitnehmen. – Für uns ist auch noch – –

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Darf ich Sie dann auch bitten, langsam zum Ende zu kommen, Frau Petzold? – Vielen Dank!

Karin Petzold (GEW Berlin): Okay! – Ganz kurz noch zum Thema Inklusion: Wir sehen bisher kein wirkliches Konzept, was die Kinder mit Behinderungen betrifft. Da muss, glaube ich, nachgesteuert werden, vor allem, wenn es um das 18. Lebensjahr geht, denn gerade Kinder mit Behinderungen sind oft spät eingeschult worden und haben durch medizinische oder therapeutische Maßnahmen schon ein höheres Alter erreicht. Ähnlich sehen wir das für Kinder, die geflüchtet sind. Auch da braucht es eine Ausnahmeregelung, um nicht weiter Ausschlüsse zu produzieren. – Vielleicht erst mal so weit. – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Pörksen, äh, Frau Petzold! – Herr Pörksen, bitte sehr! – Da war mein Gedanke schon schneller. – Bitte sehr, Herr Pörksen!

Jan Pörksen (Industrie- und Handelskammer zu Berlin – IHK Berlin –; Geschäftsführer für Bildung & Beruf): Okay; ich frage jetzt nicht nach dem Gedanken, aber ich glaube, wir verstehen uns auf jeden Fall schon ganz gut – und sind tatsächlich auch in vielen Punkten einer Meinung, was auch nicht immer der Fall ist; aber in diesem Fall, muss ich ehrlich sagen, hätte ich gern als Erstes gesprochen, denn das wäre für mich viel einfacher gewesen.

Insofern erst mal: Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Ich freue mich, dass wir hier die Chance haben, kurz zum 11. Pflichtschuljahr Stellung zu beziehen. Wir unterstützen das 11. Pflichtschuljahr, wir unterstützen die Einführung, erstens, weil wir es für genau den richtigen Weg halten. Und zweitens: Die Start-up-Szene in Berlin war vor 10, 15 Jahren dafür bekannt, besonders gut kopieren zu können; wir müssen in Berlin auch nicht immer alles neu erfinden. Der Blick nach Hamburg, die das Thema vor einigen Jahren schon angegangen sind, zeigt, dass wir uns unglaublich viel in Hamburg abgucken können, denn Hamburg hat einen ganz anderen Umgang mit den Daten. Sie haben einen langen Atem bewiesen. Das war alles sicherlich auch nicht ganz so einfach. Sie sind aber in einer intensiveren Betreuung – wir hatten das schon – und haben es geschafft im letzten Jahr, dass nur noch zwei Schülerinnen und Schüler durchs Rost gefallen sind. Bei uns sind es über 3 000. Daran sieht man, die Hamburger sind einen Weg gegangen, den wir auch gehen können. Wir müssen, wie gesagt, die Welt nicht neu erfinden. Deswegen, finden wir, ist dieser Weg genau richtig.

Wir haben gerade die IHK-Aus- und Weiterbildungsumfrage durchgeführt und wieder feststellen müssen, dass die Hälfte der IHK-Betriebe ihre Ausbildungsplätze nicht besetzt bekommt, ein Drittel gar keine einzige Bewerbung mehr bekommt. Das macht die Sache eigentlich noch grotesker. Das heißt, wir haben 3 000 Schülerinnen und Schüler, die einen Ausbildungsplatz suchen oder zumindest gerne in Zukunft eine Ausbildung machen wollen, das hoffe ich zumindest, und auf der anderen Seite viele Unternehmen, die keine Ausbildungsplätze besetzt bekommen. Das heißt, wir haben die Nachfrage und das Angebot, wir bekommen es aber nicht vernünftig zueinander.

Es wurde schon ganz oft gesagt: Das Schuljahr darf sich nicht anfühlen wie ein Schuljahr, sondern es muss wirklich ein Praxisjahr sein. – Wenn wir am 1. August, egal welches Jahres, damit starten, dann darf es nicht erst mal in die Schule, auf die Schulbank gehen, sondern es muss sofort in die Praxis gehen. Ich glaube, das ist genau das, was das 11. Pflichtschuljahr ausmachen wird, das dann auch nicht mehr „Schuljahr“ heißt, sondern „Chancenjahr“ oder wie auch immer. Das müssen vielleicht diejenigen entscheiden, die dann dort hingehen, und gar nicht unbedingt wir.

Es muss Stärkentests geben. Wir haben unglaublich viele Projekte in Berlin; ich weiß nicht, im Landeskonzept sind, ich glaube, 50 oder 90 verschiedene Projekte benannt. Wir können diese Projekte nutzen. Wir müssen aber auch ein Stück weit konsolidieren und gucken: Was passt genau für wen?

Vielleicht noch zu den einzelnen Punkten: Verpflichtend halten wir für unbedingt notwendig. Wenn man sich anguckt, wir haben jetzt schon Nachvermittlungsaktionen, die sich an alle richten, die unversorgt sind: Die Bundesagentur schreibt die Schülerinnen und Schüler an, und es kommen regelmäßig unter 10 Prozent zu diesen freiwilligen oder teils freiwilligen Angeboten, wo wir viele Unternehmen begeistern können, gerade diesen Jugendlichen direkt vor Ort noch einen Ausbildungsplatz anzubieten. Und wenn wir dann auf 7 oder 8 Prozent kommen, dann ist es natürlich deprimierend für die Unternehmen, für die, die es organisieren, und letztendlich auch für die Schülerinnen und Schüler, weil sie dann keine Ausbildung oder keinen Ausbildungsplatz finden.

Ein weiterer Punkt, auf den ich gern eingehen möchte, ist das Thema Daten. Wir befinden uns tatsächlich – da kann ich den Antrag der Grünen durchaus verstehen, auch in der 7. bis 10. Klasse die Berufsorientierung auf den Prüfstand zu stellen – ein Stück weit noch in einem Blindflug. Wir haben ganz viele Maßnahmen, wir haben unglaublich engagierte Lehrerinnen und Lehrer, wir haben wirklich tolle Projekte in Berlin, aber wir haben keine Ahnung, welche Wirkung was erzielt, und wir wissen einfach überhaupt nicht, was wem besonders guttut und was sich auch lohnt weiterzuführen, und tun uns vielleicht auch deshalb in der Berufsorientierungslandschaft so schwer, einzelnen Projekten zu sagen: Nein, es geht an dieser Stelle nicht weiter –, beziehungsweise wenn man es dann mal sagt, dann sitzen sie einen Tag später im Senatorenbüro und hoffen, dass das Projekt doch weitergeht. Das kann nicht die Lösung sein, sondern wir müssen dahin kommen, dass wir Daten erheben, dass wir – wir hatten es hier auch – systematisch, sagen wir mal, Gespräche protokollieren, dass wir den Werdegang nachzeichnen. Das muss gar nicht personalisiert sein, das reicht auch teilweise anonymisiert, aber dann lernen wir daraus. Jeder hat wahrscheinlich inzwischen ChatGPT auf seinem Handy, und wenn wir uns überlegen, wie die Berufsorientierung in vier, fünf, sechs Jahren aussehen wird, dann können wir uns hundertprozentig sicher sein, dass wir eine Berufsorientierung

bekommen werden, die viel mehr zugeschnitten ist, weil sie durch KI unterstützt wird. Aber KI kann nur dann gut sein, wenn sie aus Daten lernt, auch das muss ich Ihnen jetzt nicht erzählen, aber aus Daten lernt, die vernünftig sind. Dazu müssen wir die Daten aber erheben, und das tun wir heute einfach noch nicht. Mit der LUSD ist mit Sicherheit ein sehr guter Anfang geglückt, wo ich hoffe, dass wir darauf aufbauen können, um überhaupt einmal Informationen über Schülerinnen und Schüler und deren Werdegang zu erhalten und dann vielleicht auch irgendwann über Berufsorientierungsmaßnahmen, die durchgeführt wurden, und dann letztendlich auch über die Wirkung.

Die Implementierung eines Landesinstituts für berufliche Bildung halten wir ebenfalls für sehr wichtig; das ist seit Langem eine Forderung von uns. Und ja, im Koalitionsvertrag steht, glaube ich, ein Prüfauftrag. Wir wünschen uns natürlich immer: den Prüfauftrag schnell durchführen und dann auch ins Doing kommen. – Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir einfach – das ist das, was ich vorhin sagte – von einer zentralen Stelle aus die Dinge koordinieren, damit wir die wirklich vielen Ressourcen, die in die Berufsorientierung fließen, vernünftig nutzen können, sowohl in der 7. bis 10. Klasse als auch dann im 11. Pflichtschuljahr. – Ich glaube, alles andere haben meine Vorrednerin und meine Vorredner gesagt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke Ihnen, Herr Pörksen! – Dann kommen wir zu Herrn Rahmig. – Bitte sehr!

Ronald Rahmig (BBB Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin e. V.; Vorsitzender): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Damen und Herren! Ich glaube, dass man das 11. Pflichtschuljahr ein bisschen größer einordnen muss. Es fällt ja auch nicht vom Himmel. Ich meine, es ist nicht erst seit gestern so, dass 3 000 Schülerinnen und Schüler nicht in dem Stand sind, in dem sie eigentlich sein sollten.

Ich würde auch gerne zur Begrifflichkeit etwas sagen. Das 11. Pflichtschuljahr heißt ja nicht „11. Klasse“, sondern es ist einfach eine Ausdehnung der Lehr- und Lernzeit und damit Teil einer Bildungskette, so, wie sie übrigens im Schulgesetz beschrieben ist. Dort ist auch beschrieben, was die Aufgaben der Schule sind, nämlich den Schülerinnen und Schülern zu helfen, ihren Platz in der Gesellschaft später zu finden. Insgesamt sind nach unserer Auffassung darin alle Aufgaben, alle Akteure durchaus konsistent beschrieben. Die Akteure sind für ihre Rollen ausgestattet, organisiert. Wenn man jetzt anfängt, in diesem System herumzuarbeiten, dann muss man schon gucken, welche Kollateralschäden oder Kollateralnutzen man erarbeitet. Das heißt, ich will darauf hinaus, dass es wenig Sinn macht, lediglich den Übergang von 10 zu 11 zu betrachten, sondern dass es Sinn macht, die gesamte Bildungskette in den Blick zu nehmen.

Insgesamt begrüßen wir die Ausdehnung, die verbindliche, und das ist ja das Pflichtschuljahr, die verbindliche Ausdehnung der gesamten Zeit, und wollen natürlich als Oberstufenzentren auch unseren Beitrag dazu leisten. Das war auch eine unserer Forderungen, weil das letztens in einer Presseveröffentlichung ein bisschen schräg herübergekommen ist. Also wir wollen das.

Aber was wollen wir? – Wir stellen fest, dass das Ergebnis einfach nicht stimmt. Da sind wir uns alle einig. 3 000 Schülerinnen und Schüler, die die Schule verlassen, entweder ohne Ab-

schluss, mindestens unorientiert, und dann erst mal durch die Gesellschaft vagabundieren, sind nicht gut. Aber auch die treffen diese Entscheidung nicht erst nach Klasse 10, sondern die sind erfahrungsgemäß mindestens schon in der Sekundarstufe I erheblich schuldistant. Es ist, glaube ich, wichtig, sich noch mal ins Gedächtnis zu rufen, dass auch diese Schuldistanz, diese Unorientierung ein Prozess ist und nicht erst ruckartig nach der 10. Klasse eintritt. Darum muss man noch mal genau gucken, wie man da herangeht. – Außerdem stellen wir fest, und das muss man auch sagen, dass viel zu viele Schülerinnen nicht so qualifiziert sind, wie man es eigentlich gemäß der Vereinbarung und den Vorgaben in den Curricula und im Schulgesetz erwarten müsste. Auch das ist eine Aufgabe, die den OSZ zugefallen ist, einfach mal so eben diese Nachqualifizierung zu betreiben.

Was man aus dem Problemaufriss sieht, ist, dass an verschiedenen Stellen der Bildungskette versucht wird nachzusteuern. Aber es wird nicht versucht, die Herausforderungen oder Probleme an den Stellen zu beheben, an denen sie entstehen, sondern sie werden immer weitergereicht: von der Kita in die Grundschule, von der Grundschule in die Oberschule, von der Oberschule in die OSZ, übrigens auch vom Gymnasium anschließend an die Universitäten. Da ist ja die Kette noch nicht zu Ende. Es ist ja nicht so, dass da alles so viel besser ist. Schwierig ist, dass diese Probleme am Ende der Kette aufsummiert werden. Wenn das System funktionieren würde, so, wie ich es der Beschreibung des Schulgesetzes entnehme, dann brauchte es eigentlich gar kein 11. Pflichtschuljahr, dann brauchte es keine IBA, und dann brauchte es kein Nachsteuern. Warum brauchen wir es aber trotzdem? – Ich glaube, auf die Frage wurde noch nicht genug Augenmerk gelegt.

Einen Punkt würde ich gerne ansprechen bei der Gelegenheit, zu dem ich an einer anderen Stelle, in der Presse, schon mal Stellung genommen habe. Was mir und uns auffällt, ist, dass es grundsätzlich eine ziemliche Ungerechtigkeit im System gibt. Wenn man davon ausgeht, dass die Orientierung auch etwas mit persönlicher Reife und Älterwerden zu tun hat, dann stellt man fest, dass ausgerechnet die Jüngsten nach der 10. Klasse sehr tiefgreifende Entscheidungen treffen müssen, nämlich einen Arbeitsvertrag unterschreiben, beziehungsweise ihre Eltern, einen Ausbildungsvertrag, wohingegen andere Menschen, die meist in sozial besser abgedeckten Situationen sind, noch mal locker drei Jahre Zeit haben in der gymnasialen Oberstufe, dann kommt ein Auslandsjahr, Gap-Year, dann können sie noch zweimal die Studienrichtung wechseln oder so was, dass das sehr viel komfortabler ist. Ich empfinde das als eine Form von Ungerechtigkeit, die wir auch mal ins Auge fassen sollten und wo wir gucken müssten: Was machen wir hier gerade eigentlich mit welchen Teilen der Bevölkerung? – Aber das ist nur eine kleine Anmerkung am Rande.

Was mir und uns trotzdem fehlt, ist eine Problemanalyse der vollständigen Bildungskette, vor allen Dingen an den notwendigen Übergabepunkten, also an dem Punkt 6 zu 7 und dann eben 10 zu 11 beispielsweise. Auch die Qualitätskommission, wenn ich das richtig verfolgt habe, war sehr inputorientiert. Die hat geguckt: Wie sieht die Qualität aus, die die Schule bietet? – Aber was sie nicht gemacht haben, ist, zu gucken: Was sind eigentlich die Bedürfnisse der jungen Menschen, die darin sind? – Da gucken wir ein bisschen häufiger hin, weil wir mit denen sprechen müssen, wenn sie zu uns kommen. Wir stellen fest, dass das, was in der Sekundarstufe I angeboten wird, nur einen Teil dessen abbildet, was die jungen Menschen können, und vor allen Dingen, was später für ein erfolgreiches Berufsleben gebraucht wird. Kleines Beispiel: Die Curricula, die Fächer sind alle theorieorientiert, sind alle ausgerichtet letztendlich auf ein Studium, auf ein Gymnasium. Deutsch, Englisch, Mathe kann man als Fach

im Leben wenig gebrauchen, es sei denn, man ist Lehrkraft oder Professor. Aber das, was die jungen Menschen oft können, nämlich handwerkliche Kompetenzen, Empathie, die sind in der Lage, Angehörige zu pflegen oder sonst irgendwelche Sachen zu machen, das wird alles in der Sekundarstufe I überhaupt nicht abgebildet. Das heißt, sie erfahren: Das, was ich kann, ist nichts wert, und was ich können soll, kann ich nicht gut. – Dass sie dann der Schule fernbleiben, ist, finde ich, nur eine logische menschliche Konsequenz; das würde ich auch so machen. Darum muss die Richtung zumindest erst mal sein, tatsächlich noch mal auf das Konstrukt der Sekundarstufe I zu blicken und zu gucken, was da eigentlich gefordert wird – da sind wir dann auch beim Problem der Berufsorientierung: Was kannst du, was hast du für Stärken – das habe ich bei Ihnen eben auch herausgehört –, und wie können wir die nutzen, wie können sie dir helfen? –, und nicht schematisch etwas abzufragen, was eben nur ein Teil ihrer Lebenswirklichkeit ist. Das ist jetzt natürlich alles nicht von heute auf morgen zu leisten, das ist mir völlig klar.

Jetzt noch ein paar Punkte, einmal zur Frage – auf das, wo ich vorher drauf gekommen bin – – Bin ich schon zu lange?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Es sind sechs Minuten, Herr Rahmig! Aber dann machen Sie mal die Punkte noch zackig!

Ronald Rahmig (BBB Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin e. V.): Zackig! – Datenübergabe: Ja. – Berücksichtigung der Verstärkung der Akteure: Habe ich. – Zielgerichteter Einsatz von Ressourcen: Ich will noch mal auf den Übergang und die Ankerschulen eingehen. Wir haben im Augenblick Ressourcen und ein System der Berufsorientierung in der Sekundarstufe I, das vorhanden ist. Da sind die Mittel alle da, kostenneutral; die haben wir schon. Jetzt zu sagen, wir machen nach der 10. Klasse noch mal neu Berufsorientierung für die, die es in den Vorjahren nicht geschafft haben, bedeutet, dass wir die Ressourcen irgendwie doppelt anlegen müssen, und nach meinem Verständnis haben wir die nicht, weder in Geld noch in Personal. Deshalb, glaube ich, ist es wirklich klug, noch mal zu gucken: An welcher Stelle setzen wir sie ein, und wo sind sie möglicherweise verschwendet?

Ausrichtung der Sekundarstufe I – dann diese Dopplung, das ist vorhin ein bisschen untergegangen: Abschlüsse im 11. Schuljahr an den OSZ. Wir sind inzwischen bei den Schulleitungen mehrheitlich zu der Sichtweise übergegangen, zu sagen: Das muss aufhören. Wir machen Vermittlung, wir machen Nachorientierung, aber die Schulabschlüsse müssen in der Allgemeinbildung erworben werden. Und wenn es beim dritten Mal nicht geklappt hat, müssen sie es von mir aus ein viertes Mal machen, oder es ist vorbei. Aber diese Aufteilung in Schulabschlüsse und gleichzeitig Beruflichkeit zerreißt uns; das schaffen wir einfach auch nicht. Es hat in der Vergangenheit auch selten gut geklappt.

Und dann eben bei den Praktika: Ja, okay. Also die Stärken der OSZ sind: Wir können vermitteln, wir können innerhalb einer Vororientierung nachschärfen. Aber was wir ganz sicher nicht können bei dem gegenwärtigen System, ist, eine grundlegende Orientierung zu geben, die zehn Jahre vorher auch nicht funktioniert hat. Die Ressourcen dafür, meinen wir, sollten woanders besser eingesetzt werden, anstatt jetzt an den OSZ ein System der Orientierung neu aufzubauen. – Ich habe noch ein bisschen was, aber das lasse ich jetzt.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Sie haben hinterher Gelegenheit, wenn die entsprechenden Fragen von den Abgeordneten gestellt worden sind, auch noch mal auf die einen oder anderen Punkte explizit einzugehen.

Ronald Rahmig (BBB Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin e. V.): Ja, danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen herzlichen Dank! – Dann steigen wir jetzt in die Beratung ein. Wir haben auch schon einige Wortmeldungen und eine Rednerliste, die ich kurz verlesen werde, damit man ungefähr weiß, auf welcher Höhe man hier aufgeführt ist: Frau Brychcy, Frau Khalatbari, Frau Schedlich, Herr Weiß, Frau Aydin und Herr Meyer. – Wir starten mit Frau Brychcy. – Bitte sehr!

Franziska Brychcy (LINKE): Vielen herzlichen Dank! – Ich würde auch als Allererstes noch mal zur Berufsorientierung, die in der Sekundarstufe I stattfindet, sprechen. In Ihrem Koalitionsantrag steht, dass Sie die BSO-Teams stärken wollen. Da wollte ich fragen: Wie viele Stunden werden die BSO-Teams zukünftig zur Verfügung haben? – Sie wollen auch WAT stärken; das steht auch im Koalitionsvertrag. Dazu die Frage, ob in diesem Zuge jetzt hier etwas angepasst wird, um eben genau das, was Herr Rahmig aufgeführt hat, also die Frage der Bildungskette, dass die Berufsorientierung schon in der Sekundarstufe I unbedingt stattfinden sollte, noch einmal in den Blick zu nehmen. Auch die Frage als Indikator: Wir hatten das ganz oft beim Indikatorenmodell. Wir haben ganz viele Indikatoren, die darauf abzielen, wie viele Schulabschlüsse erreicht werden und so weiter, aber was eben nicht in den Blick genommen wird, ist: Wie gut sind die Berufsorientierung und der Übergang dann nach der Sekundarstufe I? – Deswegen die Frage, ob hier geplant wird, das Indikatorenmodell anzupassen.

Ebenfalls noch ganz kurz bezüglich des Übergangs zur Jugendberufsagentur: Sie schreiben in Ihrem Koalitionsvertrag auch, dass Sie die Jugendberufsagentur besser ausstatten wollen. Deswegen die Frage: Welche Ressourcen kommen jetzt zusätzlich für die Jugendberufsagentur bezüglich der aufsuchenden Beratung? Wie viel Geld wird hier mehr eingestellt, um das zu ermöglichen und auch die Elternarbeit zu unterstützen?

Dann komme ich zu den Ressourcen; das haben wir schon ganz viel gefragt. Was im Gesetzesentwurf auch enthalten ist, ist die Bildungsgangbegleitung, und das ist sehr gut. Das ist ja ein Merkmal der IBA. Was aber nicht enthalten ist, ist die Schulsozialarbeit zusätzlich. Und deswegen meine Frage: Wie viele Stellen Schulsozialarbeit für die individuelle Begleitung werden die OSZ mit der Einführung des 11. Pflichtschuljahres erhalten? – Auch zur Multiprofessionalität, die Sie angesprochen haben – Lehrkräfte für Fachpraxis, Psychologinnen und Psychologen, Sekretärinnen und Sekretäre –, denn wir haben eine große Kohorte, die jetzt zusätzlich an die OSZ kommt: Wie viel Ausstattung ist hier vorgesehen?

Zum dritten Komplex; das ist der Bereich Anschluss: Sie haben es angesprochen – warum sollen die jungen Menschen jetzt noch mal Abschlüsse erwerben? Warum dieses Optionsmodell, von dem Frau Aydin sprach, dass, falls doch noch ein MSA nachgeholt werden soll, dann weniger Praxisphasen sind? Warum können wir nicht sagen, der Anschluss ist das Zentrale? Denn mit der IBA wird ja die eBBR verliehen und mit der Berufsausbildung, die ja folgen soll, würde der Mittlere Schulabschluss verliehen. Das heißt, wir brauchen den MSA hier nicht zusätzlich. Warum dieses Optionsmodell? Was hat sich die Koalition dabei gedacht,

nicht den Anschluss in den Mittelpunkt zu stellen, was Sie zwar immer sagen, aber was nicht im Gesetz steht? Es gibt dieses Optionsmodell, je nachdem, was angestrebt wird, dass die Praxisphasen dann verringert werden sollen, und das ist, glaube ich, ein Fehlanreiz.

Dann war noch die Frage zur Flexibilität: Ist es möglich, das 11. Pflichtschuljahr quasi abbrechen und dann sofort in die Ausbildung zu gehen und zu sagen: Ich habe jetzt einen Ausbildungsplatz, ich gehe jetzt in einen Betrieb, ich habe eine Praxisphase im Betrieb gemacht, und jetzt möchte ich in die Ausbildung gehen? Ist diese Flexibilität gegeben, dass dann auch in den Betrieb übergegangen werden kann?

Ich wollte noch Frau Petzold zu den Jugendlichen mit Behinderung beziehungsweise zu den geflüchteten Jugendlichen fragen: Wie ist das bei Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr erreicht haben? Absolvieren diese auch das 11. Pflichtschuljahr? Denn im Gesetz steht, dass mit dem Ende des 18. Lebensjahres die Schulpflicht endet, und damit dann auch das 11. Pflichtschuljahr. Das heißt, diese Jugendlichen würden dann nicht die Chance bekommen, das 11. Pflichtschuljahr zu durchlaufen.

Eine letzte Frage noch an Herrn Pörksen: Sie haben ja im Bündnis für Ausbildung unterschrieben, dass Sie 2 000 zusätzliche Ausbildungsverträge anstreben werden. Wie ist der Stand an der Stelle? Werden das die Betriebe schaffen? – Und natürlich auch die Frage der Praxisplätze: Wir haben jetzt, es gibt unterschiedliche Schätzungen, bis zu 3 000 junge Menschen. Werden diese auch mit entsprechenden Praxisplätzen von Betrieben, die auch Ausbildung anbieten, denn sie sollen ja dann übergehen in die Ausbildungsplätze in den jeweiligen Betrieben, versorgt? Werden diese Praxisplätze zur Verfügung gestellt werden? – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Brychcy! – Jetzt stehe ich als bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion auf der Liste und wechsele einmal kurz den Hut.

Sandra Khalatbari (CDU): Mich würde interessieren: Sie, Herr Dietrich, wie auch Herr Alker und Herr Pörksen, haben mehrmals das Thema der Datenerhebung und auch die LUSD angesprochen. Die Migrierung in die LUSD steht bei allen OSZ an. Nichtsdestotrotz haben natürlich, weil das noch nicht flächendeckend eingeführt ist, die unterschiedlichen OSZ auch unterschiedliche digitale Systeme. Deshalb wirklich nur eine kurze Frage: Welche Herausforderungen sehen Sie da? Was muss bei dieser Migrierung und auch bei der Datenerhebung im Übergang berücksichtigt werden, sodass der Übergang in die LUSD zu den vorhandenen Systemen wirklich gut funktioniert? Und wie sehen Sie da gerade die Ressourcen an den Schulen und die personellen Kapazitäten, um das positiv, sinnvoll und ergebnisorientiert gestalten zu können? – Das wäre meine Frage.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann machen wir weiter mit Frau Schedlich. – Bitte sehr!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch an die Anzuhörenden: Vielen Dank für Ihre bisherigen Ausführungen! – Ich habe eine Reihe an Fragen; vielleicht fange ich einmal mit dem Senat an: Frau Günther-Wünsch! Können Sie zu dieser Zahl von voraussichtlich 3 000 Jugendlichen noch mal etwas sagen? Ist 3 000 tatsächlich die Zahl, mit der wir gerade rechnen? Wer genau zählt da rein beziehungsweise wird ausgeschlossen? Sind da so Daten wie Jugendliche, die Klinikaufenthalte haben und so weiter, auch noch mit drin oder nicht? Denn dann wäre die Zahl am Ende noch mal geringer. Wie stehen Sie zu der Fra-

ge, ob es gut und möglich sein soll, dass Jugendliche direkt einen Arbeitsvertrag irgendwo unterschreiben, aber keine Ausbildung machen, weil am Ende vermutlich nie 100 Prozent der Leute eine Ausbildung machen werden?

Dann auch kurz in Richtung SPD: Frau Aydin hat den Besprechungspunkt eingeführt und gesagt: Wir wollen vor allen Dingen auch schulferne Menschen erreichen. – Deswegen gerne an Sie, aber auch an alle die Frage, ob es dann nicht vor allem sinnvoll wäre, auch attraktive außerschulische Angebote zu machen. Denn wenn jemand schulfern ist, also wenn der Begriff schulfern ist, dann wäre es ja sinnvoll, nicht die Leute wieder ins Klassenzimmer zu setzen, sondern dafür sorgen, dass sie möglichst viel draußen unterwegs sind.

Frau Senatorin! Weil Sie das Berliner Ausbildungsmodell erwähnt haben, sozusagen als Grundlage für das 11. Pflichtschuljahr: Vorweg gesagt, finde ich es auf jeden Fall sinnvoll, all die Angebote, die es gibt, unter ein Dach zu bringen, bekannt zu machen und gut zu bündeln. Aber das BAM soll ja eigentlich eine ganz andere Gruppe erreichen, und zwar all die Leute, die schon wissen, dass sie eine Ausbildung machen wollen. Ich zitiere aus der Broschüre des Senats zum Berliner Ausbildungsmodell:

„Das Berliner Ausbildungsmodell (BAM) richtet sich an ausbildungsreife und ausbildungsentschiedene Jugendliche, die bisher keinen Ausbildungsplatz ... haben ...“

Das sind ja dann nicht unbedingt die 3 000, die vielleicht teilweise noch gar nicht wissen, ob sie eine Ausbildung machen wollen und welche.

Vor allen Dingen an den Senat noch die Frage zu den Themen Finanzierung und personelle Ausstattung: Wie genau wird es aussehen zum Start des 11. Pflichtschuljahres?

Was gibt es da an zusätzlichem Personal für die Oberstufenzentren? Wie viele Personen mit welcher Qualifizierung kommen da noch obendrauf? Und kann die Finanzierung trotz der angespannten Haushaltslage sichergestellt werden, oder müssen wir im Zweifelsfall noch mal die Einführung schieben, weil wir die personelle und finanzielle Ausstattung noch nicht haben?

Dann gern an Sie, aber auch an alle Anzuhörenden die Frage: Es ist immer auch sehr wichtig, was die Eltern bei so einer Berufs- und Wegwahl sagen. Wie konkret muss die Elternarbeit ausgebaut werden und aussehen, damit wir auch sicherstellen können, dass es möglichst wenig passiert, dass beispielsweise Jugendliche wissen, was sie machen wollen, aber die Eltern sagen: Nein, machen wir nicht, das ist eine schlechte Idee?

Dann noch kurz zu den einzelnen Anzuhörenden: Herr Alker! Ihre Gelingensbedingungen haben mich größtenteils gefreut, weil sie teilweise auch in unserem Antrag stehen, aber ein paar Fragen habe ich doch noch. Sie sprachen von einem branchenübergreifenden Ansatz in den Ankerschulen, und die Frage an Sie ist: Meinen Sie nicht, dass es mit mehr und besseren Beratungsterminen und guter Beziehungsarbeit durch diese Beratung in den Schulen geschafft werden kann oder eigentlich auch geschafft werden können muss, dass die Jugendlichen zumindest so weit sind, dass sie sich für eine Branche und damit ein Oberstufenzentrum, für IBA dann entscheiden können, sodass wir wenigstens wissen, woran sie annähernd interessiert sind und sie dann direkt dorthin lenken, anstatt dass jetzt jedes Oberstufenzentrum für alles eine Berufsorientierung machen muss, weil Sie auch selbst gesagt haben, dass das eigentlich Aufgabe der allgemeinbildenden Schulen ist?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Liebe Frau Schedlich! Darf ich Sie an unsere eigene gesetzte Redezeit von drei Minuten erinnern, die jetzt bei vier Minuten ist?

Klara Schedlich (GRÜNE): Okay, dann stelle ich nur an Herrn Alker meine Frage zu Ende und melde mich dann noch mal.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: In der Regel hatten wir jetzt nicht vor, noch mal große Rederunden zu machen, sondern wirklich zu versuchen, das in der ersten Rederunde gemeinsam zu machen. – Sehr gerne kurz, knapp und präzise!

Klara Schedlich (GRÜNE): Alles klar! Ich versuche so schnell zu reden wie Frau Brychcy. – Sie sprachen auch von modernen Lernkonzepten an Schulen und im flexiblen Curriculum, und auch Herr Rahmig hat noch mal gesagt, da muss ganz viel passieren, dass wir wegkommen von diesem starren Unterricht und – ich lege Ihnen jetzt mal in den Mund – die Bildung generell ein bisschen reformieren. Wollen Sie vielleicht noch mal dazu ausführen, was da passieren muss? Da sind wir sicherlich auf einer Seite.

Dann habe ich mich bei Ihnen, Herr Dietrich, gefragt, ob Sie es auch so sehen, dass die Gefahr bei den Ankerschulen ist, dass trotzdem viele Kinder oder Jugendliche, die davor in der Schulklasse gemeinsam waren, dann, wenn es eine Ankerschule in unmittelbarer räumlicher Nähe gibt, am Ende mit den gleichen Leuten wieder in einem ähnlich aussehenden Klassenraum sitzen. Dann haben wir doch einfach nur irgendwie mehr vom Gleichen weiter. Wie kann man das sinnvoll auflösen?

Ich bedanke mich bei Frau Petzold für den Zuspruch zum Vorschlag der Namensänderung. Vielleicht ist das ja ein Minimalkonsens, mit dem wir auf jeden Fall alle rausgehen, dass man dem Ganzen einen attraktiveren Namen gibt. Übrigens wäre ich auch dafür, IBA umzubenennen, weil Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung total kompliziert ist. Man könnte es Orientierungsausbildung nennen.

Herr Pörksen! Sie würde ich gern fragen, was Sie denn tun können als Verband, um die Betriebe zu motivieren, Praktikumsplätze, Mitlauftage und so weiter anzubieten und da sehr hinterher zu sein. Glauben Sie, da ist die Wirtschaft total bereitstehend, oder woran liegt es, dass es an einigen Orten doch noch schwer ist, Praktikumsplätze zu finden? – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann machen wir weiter mit Herrn Weiß. – Bitte sehr!

Thorsten Weiß (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Jetzt wurden mir einige Fragen schon vorweggenommen, das heißt, ich stelle weniger Fragen und spreche langsamer. Auch herzlichen Dank noch mal an die Anzuhörenden! – Ich habe im Wesentlichen noch eine Frage zum Thema Ausgestaltung des 11. Pflichtschuljahres. Damit steht und fällt ganz offenkundig auch so ein bisschen der Erfolg. Es gab diese negativen Erfahrungen mit dem VZ-11-Lehrgang, der im Wesentlichen zu Schuldistanz und auch Abbrüchen geführt hat. Das Thema Warteschleife wurde auch schon häufiger angesprochen. Es gab von Frau Petzold und Herrn Alker da auch schon Vorschläge, wie man dem Ganzen begegnen sollte im Hinblick auf Stichworte wie individuell zugeschnittene Lehrpläne, multiprofessionelle Teams. In dem Zusammenhang auch noch mal meine Frage an den Senat, weil die vielen guten Ideen dann im Wesentlichen mit den personellen Ressourcen, die wir zur Verfügung haben, stehen und fallen, inwieweit der Senat diese Pläne für realistisch umsetzbar hält oder was die Pläne des Senats entsprechend sind, das Ganze personell zu unterfüttern.

Eine zweite Frage hätte ich zum Themenkomplex des Landesinstituts für berufliche Bildung. Da heißt es im Antrag der Koalition, dass das 11. Pflichtschuljahr im Wesentlichen durch eine einheitliche Verwaltungsstruktur eines solchen Landesinstituts nach Hamburger Vorbild gelingen kann. – Meine Fraktion hat diesbezüglich 2018 schon einen Antrag eingereicht, der im Wesentlichen auf den Forderungen der IHK basierte, und deswegen noch mal meine Frage an Herrn Pörksen: Sie hatten es ein bisschen angeschnitten, aber ich hätte gerne noch mal gewusst, warum wir Ihrer Meinung nach ein solches Landesinstitut brauchen und inwieweit wir auch im Zusammenhang mit dem 11. Pflichtschuljahr davon profitieren können. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Aydin, bitte!

Sevim Aydin (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Vielleicht noch mal ein paar Punkte. Ich freue mich erst mal, dass ein Großteil der Anzuhörenden sich auch sehr positiv zu dem Berufs-Chancenjahr geäußert hat. Vielleicht auch ein Punkt zur Evaluierung: Ich bin auch der Auffassung, dass man die ganzen Berufsorientierungsprojekte einmal evaluieren muss, weil im Grunde weder Schüler noch Eltern eigentlich einen Überblick darüber haben.

Zu Herrn Rahmig: Wir hatten ausführlich immer wieder die Diskussion, auch mit Schulleitern. Fakt ist nur, dass diese Schüler – wir reden jetzt immer von 3 000, letztes Jahr waren es 3 600, es können auch mal wieder weniger sein oder mehr – in der Welt sind, und die können

wir nicht wegschaffen. Auch wenn wir anfangen, an den Bildungsketten zu drehen, was wir sicherlich auch vorhaben, werden wir das nicht von heute auf morgen schaffen, und deshalb braucht man das auch. Wir können darauf einfach nicht verzichten. Ich gehe – zumindest als Abgeordnete – mit, wenn Sie uns vermitteln, dass wir die Rahmenbedingungen für die Oberstufenzentren schaffen, sodass wir das Berufs-Chancenjahr dann optimal umsetzen können.

Zu Frau Schedlich: Außerschulische Angebote sind natürlich auch mitgedacht im Grunde aus meiner Sicht, und nur Beratung von diesen Schülern wird nicht ausreichen nach meiner Auffassung. Das sind Schülerinnen und Schüler, die sozial benachteiligt sind. Sie brauchen die Unterstützung. Ich bin der Auffassung, dass allein eine Beratung, also eine Stunde da hinkommen und dann wieder gehen, nicht ausreichen wird. Deshalb brauchen wir auch dieses Pflichtschuljahr. Gerade für die Schülerinnen und Schüler brauchen wir diese Verpflichtung, dass sie Angebote auch annehmen.

Ich hätte noch eine Frage an die Senatsverwaltung, weil es viel Wirrwarr gibt und Unkenntnis, zu den Ankerschulen: Ist es schon bekannt, welche und wie viele das sind und, wenn es noch nicht bekannt ist, wann das dann bekannt gegeben wird?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir machen weiter mit Herrn Meyer. – Bitte sehr!

Sven Meyer (SPD): Herzlichen Dank! – Ich freue mich auch sehr. Ich habe drei Fragen. Die erste Frage ist, wie der Übergang von der Sekundarstufe I in die Ankerschulen optimal gestaltet werden kann. Wir wollen nicht, dass sie schlafwandelnd einfach in den nächsten Rahmen fallen und sagen: Jetzt bin ich hier, alles gut, das war es –, sondern die Frage ist tatsächlich, wie man das so optimal gestalten kann, dass möglichst wenige tatsächlich den nächsten Bildungsgang oder den nächsten Schritt machen, sondern viele ganz andere Wege gehen, seien es außerschulische Maßnahmen, sei es vor allem natürlich in die Ausbildung. Es kann aber auch andere Rahmen geben. Es gibt ganz viele Angebote. Wie kann man diesen Übergang möglichst optimal gestalten? Was muss da passieren? – Das wäre die erste Frage.

Die zweite Frage: Wie müssen die Ankerschulen optimal ausgestattet werden, dass es möglichst praxisorientiert ist, und wie kann diese Praxisorientierung sein? Sollen es Projekte sein, die durchgeführt werden? Sollen es möglichst viele Praktika sein, zu denen ich gleich noch komme? Wie kann es aussehen, dass da möglichst viel passiert? Der Hintergrund ist, was Sie auch gesagt haben, es sind möglicherweise vor allem Schülerinnen und Schüler, die Schwierigkeiten haben, sich zu orientieren, die vielleicht andere Probleme haben. Wie muss es also gestaltet sein, damit hier möglichst auch viel ausprobiert werden kann, damit die Leute sich ausprobieren können, mitgenommen und motiviert werden?

Als Drittes zu den Praktika: Ich bin bei Praktika immer etwas skeptisch, nicht, weil ich Praktika doof finde, sondern wenn ich Schülerinnen und Schüler bei Praktika geholfen oder gehört habe: 80 Prozent der Praktika sind einfach schwierig. – Das ist gar kein Vorwurf, sondern das ist einfach der Fall, und da kann man mit einem schlechten Praktikum einfach auch richtig viel versauen, und zwar sowohl für die Unternehmen wie für die jungen Leute. Es ist auch für Unternehmen schwierig, denn Praktika sind eigentlich sehr begleitungsintensiv. Das Schlimmste ist, ich mache ein Praktikum und koche den ganzen Tag Kaffee und komme dann wieder zurück und sage: Nein, keine Lust, und eigentlich ist sowieso alles doof! – Deswegen auch ganz gezielt die Frage an die IHK, und das gar nicht als Vorwurf, sondern ganz im Ge-

genteil: Was brauchen Unternehmen, damit es funktioniert? Wie müssten die Rahmenbedingungen sein, damit das funktioniert? Wie muss die Zusammenarbeit mit den Schulen sein, damit das funktioniert? Welche Rahmenbedingungen brauchen wir, damit überhaupt sinnvolle und in dem Rahmen auch Praktika angeboten werden können, die wirklich zukunftsorientiert sind und allen etwas bringen? Wirklich in der Hinsicht, denn ansonsten bringt das auch nichts. Es bringt niemandem etwas. Von daher die ehrliche und vor allem auch zielgerichtete Frage. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Burkert-Eulitz, bitte sehr!

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich fange mal mit dem sozialpädagogischen Ansatz an. Es sind ja nicht alle Jugendlichen, die keine Lust auf einen Anschluss haben, sondern diejenigen, die quasi durch das System, das ist auch gesagt worden, im Grunde genommen schuldistant sind. Wir wissen aus der sozialen Arbeit, wie schwierig es ist, in Beziehungen aus diesem ganzen Versagenserleben und so weiter wieder anzukommen. Da wäre in alle Richtungen die Frage: Wie sollen denn gerade diese Jugendlichen, die demotiviert sind, die gar keinen Bock auf Schule haben, wenn sie das dann schon hören, gar nicht ankommen, in die Pflicht genommen werden, tatsächlich auch da zu sein und mitzumachen? Ist es der Bußgeldbescheid, der irgendwie droht, oder die kommen dann einfach nicht? – Dann ist das Pflichtschuljahr auch keine Pflicht, wenn man sie auf der anderen Seite nicht durchsetzen kann, und dann soll dabei auch noch etwas Positives herkommen. Deswegen die Frage: Sollte man es nicht anders nennen und auch noch mal anders umgestalten? Nehmen Sie da die Kritik an – das würde mich interessieren –, oder wie wollen Sie diejenigen, die mit 17, also kurz bevor sie erwachsen sind – – Wenn man tagtäglich Umgang mit solchen Kids hat, dann weiß man auch, wie schwierig es ist, andere Sachen durchzusetzen. Wie soll das dann praktisch umgesetzt werden? –, denn wenn wir es ins Gesetz schreiben, heißt das noch lange nicht, dass es tatsächlich auch stattfindet.

Dann habe ich eine Nachfrage zu der IBA. Wie viele Schülerinnen und Schüler beginnen und beenden den Bildungsgang erfolgreich, ohne Erfolg oder scheiden im laufenden Schuljahr aus? Das wäre sozusagen in Richtung Senatsverwaltung.

Herr Rahmig! Vorhin sind Sie nicht zum Ende gekommen. Da würde mich noch mal interessieren, wie das mit dieser Abschlussfixierung oder Durchlässigkeit aussehen sollte. Das ist heutzutage durchaus Arbeitswelt, dass Menschen qualifiziert in Jobs arbeiten, wo sie keinen Studienabschluss oder keinen – – Sie haben vorhin die Start-ups genannt. Die haben damit angefangen, dass durchaus auch Abbrecherinnen und Abbrecher die kreativen Leute sind, die auch Dinge tun. Wie kann man auch die Kreativität dieser Kids, die sich auch irgendwie durchgeschlagen haben, mitnehmen?

Zum Thema Inklusion würde ich mich auch gerne anschließen, was da die Vorstellung ist, wie dieses Pflichtschuljahr – ich habe auch im Schulgesetz dazu nichts gelesen –, wie die Möglichkeiten dort sind, inklusiv da mitgenommen zu werden, und welche Rahmen und Ressourcen da zur Verfügung stehen. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann schlage ich vor, dass wir jetzt zur Beantwortung der Fragen kommen. Wir würden das in der umgekehrten Reihenfolge machen. Wir beginnen mit

Herrn Rahmig und gehen dann bis zu Herrn Alker und kommen dann auch zu den Fragen, die an die Senatsbildungsverwaltung gestellt wurden. – Herr Rahmig, bitte sehr!

Ronald Rahmig (BBB Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin e. V.): Danke! – Ich fange vielleicht der Einfachheit halber hinten mit der Bedeutung der Abschlüsse an, Frau Burkert-Eulitz, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Das hatte Frau Brychcy, so hatte ich sie verstanden, auch schon mal gesagt. – Ich glaube, dass die Bedeutung der Abschlüsse ein bisschen überbewertet wird. Natürlich ist es klar, dass irgendwo mal ein Schlussstrich gesetzt werden muss, weil er auch der Vergleichbarkeit dient, weil es für die Menschen selbst auch ein gutes Gefühl ist, etwas abgeschlossen zu haben, aber wann man den erringt, ist, glaube ich, nicht ganz so wichtig. Wir wissen, dass, wenn man die eBBR bereits hatte, man mit einer erfolgreichen Ausbildung zum Beispiel den MSA anerkannt bekommt. Aber wenn ich mir die Schülerinnen und Schüler angucke, die wir in der IBA haben, denen die Berufsbildungsreife oder die erweiterte Berufsbildungsreife attestiert wurde, kann ich nur sagen: Dem ist überhaupt nicht so. Da ist nichts berufsbildungsreif. Die sind auf dem Stand der 8. oder 9. Klasse maximal. Wenn wir Glück haben, können sie ihren Namen schreiben und die Grundrechenarten, einige von ihnen. Da ist ganz viel Lug und Trug in dieser ganzen Begrifflichkeit schon. Dann ist die Frage: Wie sehr muss man sich dann überhaupt noch darauf verlassen, wenn es sowieso nicht belastbar ist? Davon, was es früher mal war und sein sollte und vielleicht auch wieder kommen sollte, nämlich ein Qualitätsmaßstab, sind wir im Augenblick weit entfernt meiner Ansicht nach, und das sollte man dann auch akzeptieren.

Zwischendurch war die Frage, wie man das mit den 3 000 schaffen sollte. Ich glaube, das kam von Frau Aydin. – IBA skalieren! Wir haben einen Bildungsgang, und dieser Bildungsgang ist eigentlich dafür gedacht. Er ist meiner Wahrnehmung nach nur nie richtig zum Zuge gekommen. Wir haben in dem Bildungsgang IBA alles, was wir brauchen. Wir haben die Praktika. Wir haben die Wertigkeit der Praktika. Wir haben die Kontakte zu den Betrieben. Wir haben auch eine Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler mit den Praktika zu locken und den Erfahrungen, die sie sammeln können. Wir haben die Ressourcen, die Praktika zu betreuen, zu begleiten, auszuwerten. Das ist alles da, und das ist skalierbar meiner Ansicht nach. Da müssen wir nichts Neues schaffen.

Das Einzige, was im Augenblick ein bisschen stört, ist, dass wir immer noch Stunden und Ressourcen zum Beispiel für diese MSA-Geschichten und so was alles vorhalten müssen, zumindest in technischen Bereichen; in den Büroschulen mag das noch mal ein bisschen anders aussehen. Wenn wir mit der verbesserten, veränderten Berufsorientierung, so, wie es im neuen Konzept meiner Kenntnis nach auch drin ist, jetzt sofort beginnen, haben wir mehr als ein Jahr Erfolg zu haben. Das ist mehr, als später die OSZ zur Verfügung haben werden. Ich meine, wir als OSZ haben ein gutes Dreivierteljahr. Wir kennen die Schülerinnen und Schüler nicht. Wir müssen sie kennenlernen. Jetzt, in der Sekundarstufe I, sind die Schülerinnen und Schüler bekannt. Sie sind da seit vier Jahren. Da kann man in einem Jahr sehr viel wuppen, ganz schnell und ganz kräftig. Wir müssen uns von der Vorstellung verabschieden, dass wir innerhalb von ein oder zwei Jahren den vollen Turnaround schaffen oder so etwas. Die jetzige Situation ist in zehn Jahren gewachsen. Jetzt zu glauben, dass man das in einem Jahr alles ändern kann, ist, glaube ich, illusorisch. Wir können aber anfangen und zeigen, dass das eine gute Idee ist. Ich glaube auch aus der Erfahrung, dass sich das bei Schülerinnen und Schülern herumspricht: Mensch, wenn ich dahin gehe, kriege ich noch mal ein bisschen was. Dann kann ich mich besser fühlen. Dann fühle ich mich angenommen und wertgeschätzt und kann

eine Perspektive entwickeln. – Das wird nicht von heute auf morgen sein, aber grundsätzlich halte ich es für möglich.

Wie man die Pflicht durchsetzt, Frau Burkert-Eulitz? – Langsam oder gar nicht, so, wie jetzt auch. Es ist ja nicht so, dass wir in der Sekundarstufe I keine Schuldistanz haben. Ich habe Schüler, die kommen zu mir, haben 80 Fehltage in Klasse 10. Schulpflicht – haha! Da muss man auch ein bisschen realistisch sein. Aber allein die Tatsache, dass es verpflichtend ist, wird einige sicherlich noch mal bringen.

Praktika war noch mal das Thema. Ich glaube tatsächlich, dass wir die Betriebe dabei unterstützen müssen durch die Begleitung, dass die Betriebe wissen, wenn etwas ist, können sie sich an die Schule wenden. Vor allen Dingen müssen wir Klarheit bei den Praktika schaffen. Nach meiner Wahrnehmung gibt es orientierende Praktika, und es gibt vermittelnde Praktika, und die müssen anders aufgezogen und umgesetzt werden. Das ist im Augenblick meiner Wahrnehmung nach nicht der Fall, und was wir können, ist Vermittlung. – Ich lasse es jetzt dabei. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Rahmig! – Herr Pörksen, bitte sehr!

Jan Pörksen (IHK Berlin): Es waren einige Fragen zum Thema Praktikum. Deswegen versuche ich, die mal so ein bisschen gebündelt zu beantworten. Grundsätzlich ist es so, dass ich Ihnen total recht gebe: Das Thema Praktikum ist kein Lieblingsthema der Unternehmen. Es ist aber auch kein Lieblingsthema der Verwaltung. Wir haben mit vielen Verwaltungen gesprochen und sehen das jetzt auch bei der Praktikumswoche: Die Senatsbildungsverwaltung, die SenASGIVA und – ich glaube – die Senatsumweltverwaltung haben ein paar Praktikumsplätze angeboten, aber kein einziges Bezirksamt, keine einzige Partei, keine einzige andere öffentliche Institution außer der Handwerkskammer hat noch Praktikumsplätze angeboten. Das Thema Praktikum ist nicht nur bei Unternehmen, sondern bei allen erst mal ein – – – [Zuruf von den Grünen] – Stimmt nicht? Die Grünen haben? Es geht um die Praktikumswoche. Es geht nicht darum, dass Sie keine Praktikumsplätze anbieten. Es geht jetzt erst mal um die Praktikumswoche, ein Projekt, das wir gemeinsam mit der Verwaltung, mit dem Land Berlin, mit der RD machen, und das ist erst mal unsere Erfahrung. Das heißt erst mal, es stimmt, dass das Thema Praktikum nicht beliebt ist. Es stimmt auch, dass es sehr viele Kapazitäten bindet und oft der gefühlte Ertrag oder der Ertrag, den man sich erwünscht, nicht da ist. Das liegt aber auch daran, dass wir Praktikumsplätze vermitteln oder dass Schülerinnen und Schüler in Praktika gehen, weil es gerade um die Ecke ist, weil es jetzt gemacht werden muss, weil es in der 8. Klasse ist, wie auch immer, und der Lehrer sagt: Jetzt musst du aber! –, und deswegen geht man dahin.

Was wir nicht haben, außer wenn wir über IBA sprechen, ist, Praktikumsplätze zu finden, die zu den Schülerinnen und Schülern passen, die auch unabhängig vom Unternehmensnamen sind. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie viele Praktikumsanfragen Mercedes-Benz bekommt, und nur wegen des Namens. An dieser Stelle setzt die Praktikumswoche an, und ich kann wirklich nur dafür werben, da auch noch mal in Ihren Kreisen – – Wir haben jetzt 5 000 Eintagespraktikumsplätze geschaffen, und davon sind bis jetzt 1 000 besetzt. Die werden nicht nach Unternehmensnamen vergeben. Da kann man nur eine Branche und einen Tag angeben, und dann wird man automatisch vermittelt in seinem Kiez, und genau da müssen wir

hinkommen, dass wir wirklich einen Nutzen stiften sowohl für die Jugendlichen als auch für die Unternehmen, und dann gibt es diesen immer wieder benannten Klebeeffekt.

Des Weiteren müssen wir dahin kommen, dass wir die Unternehmen beraten. Das haben Sie gerade schon gesagt. Wir müssen Unternehmen helfen. Wir müssen Schülerinnen und Schülern helfen. Dafür werden wir zusammen mit Partnern eine Praktikumsplattform anbieten, die erst mal, da bin ich ganz ehrlich, nicht weiter helfen wird, wenn wir sie nicht mit ganz viel Betreuung begleiten. Hier hat die Berliner Wirtschaft inzwischen 4,5 Millionen Euro für die Berufsorientierung bereitgestellt, mit denen wir Ausbildungs- und Praktikumsplatzentwickler einstellen, die durch Berlin gehen, die in die Schulen gehen, die die BSO-Teams unterstützen, die die Unternehmen unterstützen, Praktikums- und Ausbildungsplätze zu schaffen. Insofern ist es viel Beziehungsarbeit, und zwar sowohl bei den Schulen als auch bei den Unternehmen, denn da müssen letztendlich die Kooperationen entstehen. Denn wenn da feste Kooperationen entstehen, weiß der Lehrer oder das BSO-Teams genau: Die Schülerin, der Schüler passt super in das Unternehmen. – Ich höre ganz oft den Begriff „Wunschberuf“. Es geht in Wahrheit nicht um den Wunschberuf, sondern es geht darum, dass man in der Branche, die zu einem passt, ein Unternehmen, eine Umgebung findet, die zu einem passt. Wenn ich einen Wunschberuf habe und sage: Ich will Anlagenführer werden oder Mechatroniker, dann können Sie mir wahrscheinlich alle hier gar nicht den Unterschied benennen, und genauso ist es für die Schülerinnen und Schüler auch. Sie können wissen, sie machen etwas Technisches oder etwas im Dienstleistungsbereich oder im weitesten Sinne in der Gastronomie oder Hotellerie, aber die meisten kennen den Unterschied gar nicht. Selbst wir kennen den Unterschied von 350 Berufen im Detail nicht. Insofern würde ich auch gerne ein Stück davon weggehen und eher von einem „Wunschbereich“ oder einer „Wunschbranche“ sprechen; das passt besser als „Wunschberuf“.

Insofern ist es ein schwieriger Weg. Wir versuchen auch, uns mit der Bildungsverwaltung zusammen da anders aufzustellen, deutlich mehr Geld ins System, deutlich mehr Betreuungskapazitäten ins System zu geben, um so ein Stück weit auch mehr Praktikumsplätze zu schaffen. – Ich glaube, das war die Frage zum Praktikum.

Dann hatten wir noch eine Frage zum Landesinstitut. Vielleicht nur ganz kurz: Hamburg zeigt, dass, wenn es klare Verantwortlichkeiten gibt, man auch zu klaren Zielen kommt. Hier in Berlin ist es so, dass wir gerade im beruflichen Bereich zwei Verwaltungen haben, die teilweise durch sehr intensive Abstimmungsprozesse gehen müssen, um zum Ziel zu kommen, und das ist nicht immer förderlich. Punkt. – Ich hoffe, ich habe alle Fragen beantwortet.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann machen wir weiter mit Frau Petzold. – Bitte sehr!

Karin Petzold (GEW Berlin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – An mich wurden gar nicht so sehr viele Fragen gestellt. Ich würde jetzt gerne auf die Elternarbeit eingehen, weil ich auch denke, das ist ein wichtiges Thema. Das müsste bei der Berufsorientierung, also vor allem auch in der Sekundarstufe I, schon eine größere Beachtung finden, wobei ich denke, die Schulen machen da auch einiges und sprechen mit den Eltern, laden sie ein. Ich glaube, wenn wir von der Klientel der 3 000 Schülerinnen und Schüler sprechen, die in das 11. Pflichtschuljahr müssen, sind das eher benachteiligte Kinder. Die haben wahrscheinlich gar nicht so sehr viel Unterstützung von zu Hause, und für die sind diese neuen Lernformen viel wichtiger, also wirklich mutige Wege zu gehen, um mit ihnen ins Gespräch, um überhaupt an sie heranzu-

kommen. Ich glaube schon, dass man sie manchmal vielleicht sogar in eine Schule locken kann, wenn es da um ein Treffen geht, bei dem man sich individuell um sie kümmert und mit ihnen eine Perspektive erarbeitet, also diese Lernwege oder: Was soll für sie herauskommen? Was wünschen sie sich? Welche Unterstützung? –, damit für sie auch klar ist, dass sie an der Stelle die Unterstützung bekommen, die sie bisher wahrscheinlich an vielen Stellen vermisst haben. Die Beziehung ist dabei wichtig. Und da auch noch mal: Die Kinder mit Behinderung oder die Kinder, die geflüchtet sind, haben da, glaube ich, extrem mehr Unterstützungsbedarf, und der muss irgendwie auch abgedeckt werden, auch über Pädagogen, Multiteams und das, was hier angesprochen wurde. – Ich glaube, mehr Fragen an mich gab es nicht. Die Praktika sind so weit angesprochen.

Für mich ist noch interessant, wie die Kooperation mit den Jugendberufsagenturen oder den Jobcentern eigentlich an der Stelle realisiert werden kann, dass die Schülerinnen und Schüler da Unterstützung erhalten können. – Danke erst mal!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Dietrich, bitte sehr!

Jürgen Dietrich (Brillat-Savarin-Schule, OSZ Gastgewerbe): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte mit der Frage von Frau Burkert-Eulitz beginnen. Sie fragten, wie es den Oberstufenzentren gelingen kann, Schülerinnen und Schüler, die sowieso schon schuldistanziert sind, erst mal in die Schule zu bekommen und auch zu halten. – Da ist mir ganz spontan und salopp eingefallen: Indem wir einfach mal eine coole Schule machen. Indem wir einfach mal fernab einer normierten Schule agieren, Lehrpläne so ein bisschen hintanstellen, unsere Netzwerke nutzen, auch kein leeres Wort, und gucken, wie wir unsere Partnerinnen und Partner in der Lernortkooperation miteinbeziehen können. Mir sei einmal gestattet, aus persönlichen Erfahrungen zu berichten: Ich unterrichte selbst in einem sogenannten berufsvorbereitenden Lehrgang, und da merke ich immer jede Woche, wie wichtig die Beziehungsarbeit mit diesen Schülerinnen und Schülern ist. Ich rufe da teilweise selbst in Betrieben an, wenn sie Lust auf Ausbildung haben, und es ist wirklich gelungen, einige auch so in die Ausbildung zu bringen, und ich glaube, nur so kann es funktionieren. Ich glaube, coole Schule, auch wenn es ein bisschen salopp gesagt ist, ist vielleicht das richtige Stichwort.

Dann zu Frau Schedlich: Natürlich kann die Gefahr bestehen, dass wir gleiche Schülerinnen und Schüler im Klassenraum haben, wie die Schülerinnen und Schüler, wie die Klassen in der Integrierten Sekundarschule zusammengesetzt waren. Ich glaube aber, durch geschickte Lenkung der Aufnahme in den Oberstufenzentren kann man das vermeiden. Viele Oberstufenzentren führen sogenannte Assessments durch, wo die Schülerinnen und Schüler nach Neigung, nach besonderen Fähigkeiten in unterschiedliche Klassen, Parallelklassen, eingeteilt werden. Das könnte funktionieren meiner Meinung nach. Und wenn es richtig gut funktioniert, dann müsste die berufsorientierte Lenkung so sein: Wenn man nach einem Vierteljahr merkt, der hat einfach Lust auf ein anderes Berufsfeld – wir sind gut vernetzt als Oberstufenzentren –, dann ist er sowieso in einer anderen Ankerschule. So könnte ich es mir vorstellen, um dieser Gefahr zu begegnen.

Zu Frau Khalatbari, was die LUSD betrifft: Meine Ausführungen möchte ich so verstanden wissen, dass insbesondere bei den abgebenden Schulen es wichtig ist, dass die Datensätze vollständig gepflegt werden zum einen, und zum anderen, dass sogenannte Förderprognosen, unabhängig von datenschutzkonformen Regelungen, mit an die aufnehmenden Schulen wei-

tergegeben werden. Das ist für mich eine Grundvoraussetzung. Ich glaube, da gab es auch ein Schreiben von Frau Günther-Wünsch vor zwei Wochen, wo die abgebenden Schulen dazu aufgefordert wurden, die Datensätze vollständig einzupflegen, und das ist für mich eine Grundvoraussetzung, um an den aufnehmenden Schulen entsprechend gut agieren zu können. – Zu den Schnittstellen gebe ich gerne an Herrn Alker weiter, was die Technik betrifft. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Bitte sehr, Herr Alker!

Stephan Alker (Peter-Lenné-Schule, OSZ Natur und Umwelt): Vielen Dank! – Noch mal zur LUSD: Ich glaube, wir sind im Herbst quasi aufgefordert worden, alle umzustellen. Das ging sehr schnell, muss man sagen. Es wurde abgestellt. Wir wurden vor vollendete Tatsachen gestellt. Das hat uns zur Handlung gezwungen, aber man muss sich auch bewusst sein, dass es da noch wirkliche Friktionen geben wird, unvermeidliche aus meiner Sicht. Ich glaube, die Senatsverwaltung ist sehr kooperativ, um Probleme beiseitezustellen, aber man muss sich klar sein, dass für unsere Sekretariate dann auch Doppelbelastungen aufkommen, weil wir mit winSCHOOL oder MAGELLAN oder ähnlichen Schulverwaltungsprogrammen arbeiten, und wir es im Gegensatz zu Schulen der Allgemeinbildung nicht mit ein oder zwei Verordnungen, sondern eher mit acht oder neun Verordnungen zu tun haben.

Das muss alles abgebildet werden, und ich glaube, das wird ein jahrelanger Prozess. So viel dazu.

Ich würde gerne den Abgeordneten Frau Schedlich, Herrn Meyer und Frau Burkert-Eulitz antworten. Warum branchenübergreifend? Wie soll das Praxislernen funktionieren? Der optimale Übergang? – Wir, meine Kollegen und ich, haben schon sehr genau darauf geguckt, was in Hamburg passiert. Die haben den Vorteil der hohen Verbindlichkeit; das, was man vielleicht hier in Berlin vermissen mag. Ich stimme Frau Burkert-Eulitz zu: Wenn man Schulpflicht meint, muss man sie auch durchsetzen, konsequent. Das würde ich auch voll so unterschreiben. Aber ich denke, dazu muss auch ein regionaler Bezug von abgebender zur aufnehmenden Schule vorhanden sein. Dieses Ankerschulenprinzip ist aus meiner Sicht der einzige Weg nach dem Hamburger Vorbild, um wirklich diese Verbindlichkeit herzustellen. Wenn unsere Lehrkräfte mit einem erheblichen Anteil der Stunden dort sind, kennen sie die Schüler schon durch die Beratung, die sie im Rahmen ihrer BO-Aufgaben erfüllen müssen. Ich wünsche mir einen Aufwuchs dieser Ressourcen, damit sie, die die Kapazitäten haben, diese Menschen förmlich an die Hand nehmen und in die aufnehmende Schule überführen. Das heißt, dass das Wort „Beziehungsarbeit“ ganz oben steht, denn ich glaube, das – und das ist die schlechte Nachricht – muss von Lehrkräften gemacht werden, denn die Lehrkräfte kennen unsere Bildungsgänge – die sind sehr kompliziert – und können sie in ihrer Aufgabe in den BO-Teams vermitteln. Aber auf der anderen Seite kennen sie dann auch die Schüler, und sie kennen auch die aufnehmenden Schulen. So würde ich es mir wünschen. Das heißt, das muss örtlich, regional verortet sein.

Wenn wir den jungen Menschen wirklich ein faires Angebot machen wollen, müssen wir nicht nur das eigene Berufsfeld darstellen, sondern im Prinzip alles. Denn das ist die Krux: Wir sind Monokulturen, OSZ sind meistens Monokulturen. In einer anderen Schule, zum Beispiel in Niedersachsen, wäre das weniger ein Problem, dort gibt es vier, fünf Berufsfelder. Aber ich glaube, das müssen wir berechnen. Und wir müssen die Kollegen, die wir damit betrauen, sehr gut fortbilden, dass sie diese Aufgabe annehmen. Damit wäre aus meiner Sicht, um auch Herrn Meyers Frage zu beantworten, zumindest der Übergang schon mal gesichert.

Der zweite Weg wäre das Praxislernen. Das Arbeitsbündnis 3 hat aus meiner Sicht sehr gute Vorschläge unterbreitet, dass wir uns zunächst das Ankommen der Schüler sehr genau anschauen. Was sind die Stärken, was sind die Schwächen? – Vielleicht können wir schon zu dem Zeitpunkt sagen: Du bist eher beim OSZ Gastgewerbe aufgehoben, weil du doch ein bisschen orientierter bist und Talente zeigst. – Aber für alle anderen müssen wir eine neue, coole Schule quasi erfinden. Das heißt, in einem ersten Schritt würden wir die Schüler kennenlernen, in einem zweiten würden wir zum Beispiel Exkursionen in Berufsfelder unternehmen. Im dritten Schritt würden wir dann Praxiserfahrungen im gesicherten Raum machen. Es könnte zum Beispiel ein Rotationsverfahren an unseren Werkstätten oder an anderen stattfinden. Da muss man genau hingucken, wie man das organisiert. In einem vierten Schritt muss man dann die jungen Menschen auf die freie Wirtschaft loslassen, indem man sie zum Beispiel in Praktika, in Betriebspraktika schickt, um vielleicht sogar Klebeeffekte herzustellen. Das wäre unsere Vision. Das heißt, ein Tag Schulcoaching und vier Tage Praxislernen. In diesem Umfeld wollen wir das sehen.

Dieses Schulcoaching soll ein projektorientierter, ein persönlich-individuell begleiteter Prozess sein, in dem das Team maximale Flexibilität hat und sagt: Wir gehen jetzt an einen

Rechner und schreiben eine Bewerbung. – Oder aber: Ich kläre dich mal über Schuldnerberatung auf. – Oder aber: Ich sage dir, wie du dich beim Arbeitsamt anmeldest. – , und so weiter und so fort. Das muss das Team vor Ort entscheiden und darf durch Curricula gar nicht eingeschränkt werden. So wird, glaube ich, ein Schuh draus. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Dann kommen wir jetzt zur Beantwortung der Fragen durch die Senatorin Günther-Wünsch. – Bitte sehr, Frau Senatorin!

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Liebe Abgeordnete! Ich würde allerdings bloß beginnen und dann für die Details gerne an Herrn Salchow und seine Kolleginnen und Kollegen abgeben. Ich wollte bloß schon mal angemerkt haben, dass nach mir noch die Kollegen aus der Verwaltung bitte ergänzen möchten.

Ich freue mich, dass sowohl Herr Dietrich als auch Herr Alker deutlich machen – ich mag das sehr, coole Schule –, dass sie Möglichkeiten sehen, das 11. Pflichtschuljahr an den OSZ umzusetzen. Selbstverständlich – Sie haben es deutlich gemacht – braucht es dafür klare Gelin-
gungsbedingungen. Über die ist ja in den Arbeitsbündnissen auch schon gesprochen worden, und darüber wird auch weiter gesprochen werden. Solche Sachen sind von einer gewissen Dynamisierung untersetzt, dass man sagen muss, man muss die Dinge auch beginnen, um dann zu schauen: Ist das, was man sich überlegt hat, gut überlegt, oder muss es angepasst werden? – Das ist unbenommen. Ich freue mich aber, dass Sie wirklich auch die Möglichkeiten sehen und deutlich gemacht haben, dass Sie auch Anknüpfungspunkte an Ihren Oberstufenzentren für möglich halten.

Gleichzeitig haben Sie auch alle vollkommen recht. Sie haben darauf verwiesen, dass selbstverständlich die Aufgabe der Berufsorientierung auch in der Sekundarstufe I liegt und damit an den allgemeinbildenden öffentlichen Schulen. – Herr Rahmig! Sie haben das noch mal betont. – Ich werbe dafür, dass wir keine Entweder-oder-Debatte machen. Das 11. Pflichtschuljahr ist ein zusätzliches Angebot, das es bisher nicht gab, aber in allen anderen 15 Bundesländern bereits vorhanden ist. Es ist ein Angebot für eine Gruppe, die wir bisher komplett vom Schirm verloren haben, für die wir nichts vorgehalten haben. Es ist nichts, was etwas anderes ersetzen soll, sondern etwas, was wirklich als Ergänzung gedacht ist. Selbstverständlich, das steht auch in den Richtlinien der Regierungspolitik, haben wir das Thema Berufsorientierung auch in den allgemeinbildenden Schulen großgeschrieben, und auch daran wird parallel gearbeitet.

Sie haben die zwei großen Schlagwörter bereits genannt: das Thema des WAT-Unterrichts in allen Schulformen, aber auch das Thema der verpflichtenden Praktika im 9. und 10. Jahrgang. – Jetzt gucke ich zu Herrn Pörksen, der noch gut weiß, dass wir dazu mit den Wirtschaftspartnern schon in einem Austausch sind, weil wir sagen, das sind viele Praktikumsplätze, über die wir irgendwann reden. Sie haben am Beispiel der Praktikumswoche genannt, dass wir jetzt tatsächlich mit dem 11. Pflichtschuljahr die Kooperation mit der Wirtschaft brauchen, und wir möchten die Kooperation mit der Wirtschaft.

Es sind nicht immer die einfachsten Jugendlichen, über die wir sprechen. Wir haben über die Unterstützungssysteme gesprochen. Wir wollen zukünftig im 9. und 10. Jahrgang verpflichtende Praktika in allen Schulformen. Das bedeutet natürlich auch, dass die Betriebe und Unternehmen diese Plätze ermöglichen müssen. Deswegen freue ich mich, dass sich auch alle

dort hinten dieser Aufgabe bewusst sind und dass alle sagen: Das ist eine Anstrengung, aber sie ist es wert.

Jetzt ist schon mehrmals die Zahl 3 000 gefallen. Letztes Jahr waren es ein wenig mehr, dann ist es mal wieder weniger. Pi mal Daumen sind es diese 10 Prozent, diese 3 000 Schülerinnen und Schüler, die wir jährlich haben. Die Erwartungshaltung ist nicht – ich möchte das jetzt noch mal in alle Richtungen der Fraktionen sagen –, dass wir ab dem Schuljahr 2025/2026 das Problem schlagartig gelöst haben. Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass wir auch mit den anderen Maßnahmen, die wir in der Sekundarstufe I ergreifen, einen abschmelzenden Prozess haben, über Jahre. Es hat sich über Jahre aufgebaut, dann kann man natürlich auch nicht die Erwartungshaltung haben, dass es sich innerhalb von ein oder zwei Schuljahren geklärt hat. Aber die Sache ist doch, dass wir es angehen müssen. Wir gehen es jetzt schon als letztes Bundesland an, aber dann muss man sich selbst auch das Zeitfenster einräumen und sagen: Das ist auch ein dynamischer Prozess, der braucht einen Startpunkt, und dann muss er stetig wachsen.

Dann hat Frau Schedlich – sie war es, glaube ich – gefragt, wie die Alternative für sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen aussieht. Wir sagen ganz klar: Das kann keine Alternative zum 11. Pflichtschuljahr sein. Es wird Debatten geben, wo es vereinzelt Ausnahmen geben kann. Damit meinen wir nicht die Freiwilligenjahre, das ehrenamtliche Engagement, sondern wir meinen wirklich dieses klassische Jobbengehen, ohne dass damit eine Qualifikation verbunden ist. Denn ich glaube, und das eint uns als Bundesland mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit, die gerade laut dem letzten Bericht der Regionaldirektion noch mal angestiegen ist, die immer direkt mit einer fehlenden Qualifikation verknüpft ist: Es muss unser Ziel sein, alle jungen Menschen einer Berufsqualifikation zuzuführen. Dafür braucht es im Vorfeld eine Orientierung. Wir nehmen jetzt die Kohorte in den Blick, die keine Orientierung hat, um sie vorzubereiten, um sie zu orientieren und sie einer Qualifikation zuzuführen. Deswegen kann es keine Alternative sein, dass gerade die Mitglieder in dieser Gruppe das 11. Pflichtschuljahr umgehen, indem sie dem klassischen Jobben – ich nenne es jetzt mal einfach so; das ist das, was ich verstanden habe, was Sie meinen – nachgehen; wir sehen dort eine Alternative. – Für die ganzen anderen Details, gerade für die inhaltliche Ausgestaltung der IBA, würde ich an Herrn Salchow abgeben.

Ich möchte aber einmal noch etwas betonen, Frau Brychey: Wir haben auch in der Schulgesetznovelle – Herr Duveneck ist auch da, der kann es vielleicht noch mal rechtlich unterlegen – deutlich gemacht, dass der Anschluss vor dem Abschluss gilt. Aber – das sagten zum Beispiel auch, meine ich, Frau Burkert-Eulitz und Frau Schedlich – wir reden ja nicht ausschließlich von schuldistanten Jugendlichen. Wir reden auch von Jugendlichen, die vielleicht psychisch, sozial, emotional gerade aus der Schulzeit ausgestiegen sind. Die haben natürlich per se schon die Ansprüche, vielleicht verzögert oder später den Abschluss zu machen. Alleine die Option offenzuhalten, ohne sie in den Vordergrund zu rücken oder zu sagen, dass das 11. Pflichtschuljahr darauf angelegt ist, einfach diese Wahlmöglichkeit zu lassen, das kann nicht falsch sein. Aber, wie gesagt, der Vorrang ist ganz deutlich, auch im Referentenentwurf, Anschluss vor Abschluss.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Herr Salchow, bitte sehr!

Mirko Salchow (SenBJF): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Khalatbari! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr vieles ist schon gesagt worden. Ich versuche, so wenig wie möglich redundant zu werden.

Gestatten Sie mir eine Eingangsbemerkung, aus der sich schon eine Reihe von Klärungen ergibt. Das 11. Pflichtschuljahr bitte ich so zu verstehen, dass es nicht allein durch den neu auszugestaltenden Bildungsgang an einem Oberstufenzentrum gilt. Das ist nicht das Einzige, das das 11. Pflichtschuljahr abbildet. Das 11. Pflichtschuljahr ist in mannigfaltigen Angeboten, die es in dieser Stadt bereits gibt, abzuleisten. Insofern ist diese Eins-zu-eins-Kopplung – abgebende Schule, Ankerschule, neues Bildungsangebot – so nicht korrekt. Wichtig ist, dass wir das Übergangsverfahren, und hier meine ich den Zeitraum zweites Halbjahr Klasse 10 in der abgebenden Schule, so gestalten, dass wir den bestmöglichen, den am besten passenden Anschluss für jeden einzelnen Schüler, für jede einzelne Schülerin in dieser Stadt finden. Wir haben vor, diesen Prozess mit einem Halbjahreszeugnis zu beginnen, auf dem bereits eine Abschlussprognose vermerkt ist. Diese Abschlussprognose ist die Basis für einen in Zukunft verpflichtenden Beratungsprozess, der ebenfalls verpflichtend dokumentiert wird.

Das technische System ist heute angesprochen worden. Das ist die Berliner LUSD aufseiten der Schulen, aufseiten der Schulaufsicht ist es die LUSDIK; ich glaube, das ist der korrekte Artikel. In pädagogischen Konferenzen, die wir im Augenblick noch nicht mit einem Namen bezeichnet haben – in Hamburg sind das sogenannte Zuweisungskonferenzen –, werden sich im zweiten Halbjahr die Akteure zu jedem einzelnen Schüler zusammensetzen und darüber beraten und beschließen, wie seine Anschlussperspektive ist. Was meine ich damit? – Das Ziel muss es sein, diesen Beratungsprozess dahin gehend qualitativ neu zu verankern, dass wir schon mit der Einführung des 11. Pflichtschuljahres nicht mehr die 3 000 plus X Schülerinnen und Schüler ohne funktionalen Anschluss haben, sondern wir gehen fest davon aus, dass durch diese Beratungsqualität bereits andere adäquate Anschlüsse für Schülerinnen und Schüler gefunden werden können, jenseits dessen, was wir jetzt als neues Angebot an den beruflichen Schulen aufsetzen werden.

Frau Brychcy fragte nach dem Bündnis für Ausbildung. Ich möchte hier nur sagen, dass die Senatsverwaltung für Bildung in dem Maßnahmenpaket hoch aktiv ist, das ja in vier unterschiedlichen Themenbereichen angesetzt ist. Wir sind mit sechs Einzelmaßnahmen, unter anderem dem 11. Pflichtschuljahr, sehr prominent vertreten, und ich glaube, wir leisten damit einen außerordentlich großen Beitrag zum Gelingen dieses Bündnisses. Wir sind jetzt mitten in der Arbeitsphase. Das nächste Bündnistreffen ist bereits unmittelbar nach der Sommerpause terminiert. Dann wird es sicherlich auch erste Zwischenergebnisse geben, über die berichtet werden kann.

Ich bleibe noch mal bei Ihnen. Sie fragten nach der Möglichkeit des unterjährigen Übergangs. Selbstverständlich ist kein Schüler, keine Schülerin – das gilt für IBA, das gilt für BAM – mit der Aufnahme in einen Bildungsgang verpflichtet, diesen bis zum Abschluss zu führen. Ganz im Gegenteil: Es ist ja unser Bestreben, nach Möglichkeit unterjährige Übergänge zuallererst in die duale berufliche Ausbildung zu ermöglichen, im besten Fall über positive Praktikums-erfahrungen auf beiden Seiten. Diese Möglichkeit ist also grundsätzlich gegeben.

Frau Khalatbari! Noch eine Detailinformation, weil Sie explizit nach der LUSD fragten: Sie haben recht, wir haben die Schulen migriert, allerdings wird es auf unabsehbare Zeit so sein,

dass Schulen mit zwei Verwaltungssoftwares arbeiten müssen. Um die Schulen hier zu entlasten, ist vonseiten der Bildungsverwaltung ein Prozess angestoßen worden, die Schulen bei der Datenübertragung in die beiden großen Schulverwaltungssoftwareangebote winSCHOOL und MAGELLAN zu unterstützen. Das ist für das Angebot winSCHOOL bereits abgeschlossen und wird auch in Kürze für MAGELLAN folgen, sodass hier der Datenexport einfach und schlank gelingen kann.

Ich hatte etwas zu der Zahl 3 000 gesagt. Dieses Übergangsverfahren – ich möchte es nur noch mal unterstreichen – hängt in seiner Güte in der Zukunft davon ab, dass hier Menschen gemeinsam zu Schülerinnen und Schülern beraten, die diese kennen. Insofern werden wir, so ist die Planung, die BSO-Teams tatsächlich regional am Konstrukt der jeweiligen Anker- und abgebenden allgemeinbildenden Schule ausrichten. Das ist auch aus unserer Sicht eine Gelin-
gungsbedingung, damit hier keine Schülerinnen und Schüler verlorengehen.

Frau Schedlich fragte nach dem BAM-Angebot. Das BAM-Angebot ist selbstverständlich ebenfalls Teil des 11. Pflichtschuljahres. Das 11. Pflichtschuljahr ist ja nicht auf diese Kohorte ausgerichtet, die am Ende tatsächlich desorientiert oder unorientiert übrig bleibt, sondern selbstverständlich sind auch BAM-Schülerinnen und -Schüler Teil des 11. Pflichtschuljahres insofern, als dass sie per Definition zwar ausbildungsreif sind, sie sind auch ausbildungsentschieden, und dennoch haben sie sich mehrfach erfolglos um eine Ausbildung in ihrem Wunschberuf beworben. Das wird ihnen ja auch durch die RD attestiert, denn die Zugangsvoraussetzung in diesen Bildungsgang ist ja genau der Nachweis, dass man sich erfolglos in seinem Wunschberuf beworben hat.

Frau Aydin! Sie fragten nach den Ankerschulen. Wir haben hier insofern Vorarbeiten geleistet, als dass wir uns angeschaut haben – ich berichtete darüber bereits zu einem frühen Zeitpunkt in diesem Ausschuss –: Wo haben wir denn in der Stadt besonders auffällige Cluster von Unversorgten? – Hier werden wir im Detail schauen, welche beruflichen Schulen in der ersten Tranche als Ankerschulen an den Start gehen und die Arbeit aufnehmen. Wir haben bislang intern eine Vorauswahl getroffen. Wenn wir dann in Kürze diese Auswahl feindefiniert haben und die Vorgabe frei liegt, werden wir sie selbstverständlich auch bekannt geben.

Das Stichwort Praktika ist gefallen, unter anderem von Frau Schedlich. Selbstverständlich tragen auch die Schulen zum Gelingen eines Praktikums bei. Praktika müssen selbstverständlich schulseitig gut begleitet werden. Dazu ist hier schon vieles genannt worden. Das möchte ich nicht wiederholen, aber ich würde gerne noch die Gelegenheit nutzen, darauf hinzuweisen, dass das Berufsbildungsgesetz die Lernortkooperation zwischen Schule und Betrieb ohnehin als Vorgabe vorsieht. Wir haben in diesem Zusammenhang bereits ein erfolgreiches Projekt in der Bearbeitung, unser BER-LOK-4.0-Projekt, das uns viele wichtige Hinweise darauf liefert, wie eine gedeihliche Zusammenarbeit zwischen beruflicher Schule und Betrieb aussehen kann.

Frau Burkert-Eulitz fragte nach der sozialpädagogischen Perspektive auf die Schülerinnen und Schüler, um die es geht. Tatsächlich werden wir es auch mit den von Ihnen skizzierten Schülerinnen und Schülern zu tun haben. Sie sagen zu Recht: Für die kann ja schwerlich die Schule das adäquate Folgeangebot sein. – Das sehen wir auch so, und auch hier verweise ich noch einmal auf die Übergangsphase zweites Halbjahr Klasse 10. Genau in diesen Konferenzen wird es auch Beschlüsse für den weiteren Bildungsweg ebendieser Schülerinnen und

Schüler geben. Als Beispiel möchte ich hier nennen, dass vermutlich für eine Reihe dieser Personen eher Angebote der Jugendberufshilfe ein adäquater Anschluss sind als der Übergang in eine weitere Schule anderer Art.

Sie fragten nach Zahlen aus dem Bereich der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung. Die kann ich Ihnen insofern nennen, als dass wir im Augenblick circa 4 000 Schülerinnen und Schüler in diesem Bildungsangebot haben. Beim letzten Durchgang haben wir die Abschlüsse evaluiert. Das tun wir sehr detailliert. Ich möchte Ihnen aber nur zwei Zahlen nennen, die an der Stelle für Sie interessant sein dürften. Von diesen 4 000 Schülerinnen und Schülern schafften es 64,8 Prozent, in eine berufliche Qualifikation überzugehen. Von diesen 64,8 Prozent sind es 31 Prozent, die tatsächlich in eine duale Ausbildung übergegangen sind. Angesichts der Klientel der Integrierten Berufsausbildungsvorbereitung sind das für uns erfolgreiche Zahlen, über die wir uns einerseits freuen, die man natürlich noch steigern kann. Aber zunächst einmal zeigt das, dass der Bildungsgang IBA auch ein erfolgreicher Bildungsgang nach der Überführung in die Regelform ist. – Das wäre nach meinem Stichwortzettel zunächst einmal das, was ich hier beitragen möchte.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir haben ja gesagt, dass wir eigentlich nur eine Frageunde machen. – Eine kurze, knappe Frage, Frau Brychcy, bitte sehr! – [Zuruf von Franziska Brychcy (LINKE)] – Ja, gerne! Dann dazu selbstverständlich noch mal die Erinnerung.

Franziska Brychcy (LINKE): Ich wollte gern noch mal nach den Stellen der Schulsozialarbeit und weiteren Professionen an den OSZ fragen. Denn wir hatten ja gesagt, Psychologinnen und Psychologen, Sekretärinnen und Sekretäre, wenn so viele Schülerinnen und Schüler übergehen, braucht es eine entsprechende Ausstattung, und ich habe nur die Bildungsgangbegleitung gefunden. Das wäre auf jeden Fall eine Nachfrage, die mich noch interessieren würde. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Schedlich, falls eine Frage noch nicht beantwortet wurde, dass man noch mal daran erinnert – bitte sehr!

Klara Schedlich (GRÜNE): Danke! – Ich würde gern noch wissen: Es war ursprünglich oder einmal hier im Ausschuss seitens der Senatorin die Rede von erst mal 150 Schulplätzen, die geschaffen werden. Sind wir mittlerweile so weit, dass diese 3 000 Jugendlichen, von denen die Rede ist, tatsächlich am Ende alle im 11. Pflichtschuljahr oder in der IBA landen können? Können Sie, Herr Salchow, vielleicht noch ein bisschen zur Belastung für die ISS ausführen, die das Ganze dann bedeutet? – Sie haben ja erzählt, was die an Daten sammeln müssen und so weiter. Gibt es im Erarbeitungsprozess oder dann später in irgendeiner Form eine Mitbestimmung der Jugendlichen selbst?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Burkert-Eulitz! Ist auch bei Ihnen eine Frage nicht beantwortet worden?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE): Ja, ich hatte nach den Zahlen bei IBA gefragt, wie erfolgreich das ist, wie viele sozusagen nicht – – – [Zurufe] – Hat er gesagt? – Dann habe ich nicht ordentlich zugehört. Steht im Protokoll. – Gut, danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann bitte Herr Salchow zur Beantwortung der entsprechenden Fragen!

Mirko Salchow (SenBJF): Die Frage nach der Schulsozialarbeit kann ich Ihnen im Augenblick noch nicht in Zahlen abschließend beantworten. Wir befassen uns gerade mit der Ausgestaltung des Bildungsgangs und werden hier insbesondere sehr genau darauf schauen, was aus unserer Sicht, aus der pädagogischen Sicht notwendig ist, um diesen Bildungsgang neben Lehrkräften gut auszustatten, sodass wir auch die avisierten Ziele erreichen werden. Wir werden dann den Gesamtbedarf natürlich plausibilisiert darstellen. Und dann muss ich Ihnen ja nicht sagen, wie es am Ende zur Zumessung kommt. Dafür gibt es ja ein ganz geordnetes Verfahren.

An die Zahl 150, Frau Schedlich, kann ich mich jetzt direkt nicht erinnern. Es gibt eine Zahl 300; die bezieht sich auf die prognostizierte Schülerinnen- und Schülerzahl für das Berliner Ausbildungsmodell jetzt in der Regelform. Mehr kann ich dazu an der Stelle nicht sagen.

Zu der anderen Frage könnte man ausführlicher ausführen. Es geht bei der Einführung des 11. Pflichtschuljahres insgesamt darum, zu schauen, für welchen Prozess wer verantwortlich ist. Hier wird es tatsächlich neue Aufgaben geben, und es wird veränderte Aufgaben und Rollen geben. Das betrifft sowohl die Integrierte Sekundarschule als abgebende Schule, ich möchte aber auch betonen, dass das insbesondere auch die Schulaufsicht allgemeinbildend, der ja zuvorderst die Aufgabe des Monitorings zufällt, und natürlich auch neue Aufgaben an der jeweils aufnehmenden Schule betrifft. Wir werden diesen Übergabe- und Aufnahmeprozess sehr detailliert beschreiben. Wir sind hier auch schon sehr weit. Am Ende muss alles darauf ausgerichtet sein – im ersten Durchgang werden es nicht nur zwei nicht nachzuhakende Schüler sein, wie in Hamburg, die haben dafür auch ein bisschen länger gebraucht –, den Prozess so aufzusetzen, dass wir wirklich am einzelnen Schüler die jeweils zuständigen Akteure zusammenziehen, beraten lassen und dann eine gute Entscheidung für den Schüler treffen.

Dafür brauchen wir das elektronische Tool, das hier heute mehrfach angesprochen wurde, aber das ist ja erst mal nur ein Instrument. Wichtig ist, dass dieses Instrument dahin gehend eingesetzt wird, dass allen Beteiligten an diesem Prozess das Ziel klar ist, dass es nicht darum geht, den Schüler, die Schülerin an der ISS bis zur Klasse 10 zu führen, und danach findet sich der Lebensweg dann auf wundersame Weise von alleine, sondern die Verantwortung zu übernehmen: Was passiert mit meinen Schülerinnen und Schülern denn danach, wenn sie nicht mehr in meinem Haus sind? – Das ist tatsächlich etwas Neues.

Das Neue für die berufliche Schule, dazu ist viel gesagt worden. Ich möchte es nicht als zusätzliche Säule der bereits bekannten Säulen sehen. Sie kennen das Modell, was ein vollständiges Oberstufenzentrum in Gänze umfasst. Aber es ist schon ein Säulchen, das dazukommt, denn die berufliche Orientierung ist tatsächlich bislang nicht die Kernaufgabe. Ich möchte noch mal den Vergleich zu Hamburg bemühen. Wir sind unlängst mit meinem Team in Hamburg gewesen. Wir haben uns dort sehr ausführlich mit den Verantwortlichen für das Übergangssystem unterhalten, und sie haben uns mit auf den Weg gegeben: Es ist der richtige Weg, den Berlin einschlägt. – Sie haben uns aber auch nicht die Illusion eröffnet, dass das innerhalb von einem Jahr oder zwei Jahren abschließend gelingt. Auch in Hamburg war das ein Umgestaltungsprozess. Auch in Hamburg gab es nicht wenige Widerstände in den beruflichen Schulen, sich dieser Aufgabe anzunehmen, aus Fachlehrkräften, die für ein Berufsfeld

qualifiziert sind, die dafür brennen, auch ein Stück weit einen Coach zu machen, der über den Tellerrand hinausschaut.

Ich glaube aber, die Aufgabe, die vor uns liegt, ist nicht die, die Schülerinnen und Schüler in unterschiedlichen Berufsfeldern in diesem Jahr hoch fachkompetent auszubilden, sondern es geht vor allen Dingen um betriebswirksame oder betrieblich orientierte Kompetenzen und personale Kompetenzen. Aus unserer Sicht ist jeder Berufsschullehrer in der Lage, diese bei Schülerinnen und Schülern anzulegen. Insofern sind wir hier guter Hoffnung, dass das auch in dem 11. Pflichtschuljahr, sofern es denn an den beruflichen Schulen abgeleistet wird, gelingen kann.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Salchow! – Ich schlage vor, dass wir die Punkte 2 a bis 2 c der Tagesordnung vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. – Da sehe ich keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren.

Ich danke Ihnen ganz herzlich im Namen dieses Ausschusses, liebe Anzuhörende, dass Sie uns mit Ihrer Expertise und mit Ihren Erfahrungen hier heute eine Bereicherung waren und unsere einzelnen differenzierten Fragen so umfänglich beantwortet haben. Vielen herzlichen Dank!

Punkt 3 (neu) der Tagesordnung

- | | |
|---|---|
| a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Weiterentwicklung des Schulgesetzes
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) | 0243
BildJugFam |
| b) Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1703
Zweites Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften | 0249
BildJugFam
Haupt |

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 30.05.2024

- | | |
|---|------------------------------------|
| c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Drucksache 19/1392
Chancengleichheit im Losverfahren – Keine Tricksereien beim Übergang in die weiterführende Schule! | 0223
BildJugFam |
|---|------------------------------------|

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 (neu) der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1661

**Verlängerung der Brennpunktzulage nach § 78a des
Bundesbesoldungsgesetzes in der
Überleitungsfassung für Berlin**

[0246](#)
BildJugFam
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 (neu) der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1649

**Gesetz zur Erweiterung von Funktionsstellen an
Grundschulen**

[0245](#)
BildJugFam
Haupt

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.